INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 245

17. Juni 1993

HALLO -

wir freuen uns schon, euch alle am Freitag zum PRESSEBALL im EX zu sehen. Auch wenn Sven Glückspilz denkt, 5 Jahre Interim sind mehr als genug, wird es bestimmt kein Abschiedsfest werden. See you!

Die vorliegende Ausgabe ist mal wieder ein ziemlich bunter (Bleiwüsten-) Haufen geworden. Inhaltliche Schwerpunkte sind kaum zu erkennen. Dafür waren die eingegangenen Papiere mal wieder in allen möglichen Papierqualitäten zu bewundern - eure Phantasie diesbezüglich kennt scheinbar keine Grenzen. Wir können aber nur schwarze Tinte auf WEISSEN Papier gut verarbeiten...
Den Vergewaltiger-Steckbrief aus Norddeutschland werden wir abdrucken, wenn die angekündigten Infos noch eingetrudelt sind. Zwei der abgedruckten Papiere haben bei uns einige Diskussionen ausgelöst.
Bei dem Gustav-Gans-Text waren wir uns einig, daß er wichtige Punkte zum Verhalten von Männern (auch in der Szene) - zum wiederholten Male - anspricht und kritisiert. Er kritisiert ebenfalls Männer, deren Umgang und Auseinandersetzung mit dem Patriarchat nicht über das Schreiben von Papieren hinausgeht. Für DEN qualitativen Schritt nach vorn hält er dann die individuelle (bzw. Gruppen-) Therapie, er schlägt sogar eine konkrete Therapieform vor (von der wir nix wissen). Das fanden einzelne von uns zu individualistisch und "missionarisch". Wir denken, daß nach wie vor die Auseinandersetzung mit patriarchalen Verhalten im Alltag gefordert ist - und leider nicht die Regel. Wir hoffen aber, daß der Gustav-Gans-Text Anlaß für weitere Diskussionen ist.
Auch Diskussionen ausgelöst hat bei uns das Papier von einigen Hamburger Frauengruppen zur Sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ausgelöst hat diese Diskussionen der Satz in diesem Papier: "Seit 1 1/2 Jahren wird von staatlicher Seite verstärkt die Diskussion um "Mißbrauch" an Jungen und Frauen als Täterinnen oder als schweigende Mitwisserin (ergo: Komplizin), in die Öffentlichkeit gebracht."
Wir haben diesen Satz so verstanden, daß die Hamburger Frauengruppen damit die sexuelle Gewalt gegen Jungen für eine Inszenierung des Staates halten, also für nicht existent. Dies widerspricht unserem Wissen über sexuelle Gewalt. Die Tatsache, daß fast ausschließlich Männer die Täter sind, und sexuelle Gewalt damit die direkteste Form patriarchaler Gewalt ist, ändert nichts daran, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Opfer (in vielen unabhängigen, auch in feministischen Untersuchungen ist von bis zu 30 % die Rede) Jungen sind. Damit wird nicht die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen relativiert, bzw. die männliche Täterrolle in Frage gestellt. Wir haben zur sexuellen Gewalt gegen Jungen einige Auszüge aus einem Text zusammengeschnitten.

Einige Männer

INHALT

Interim-Diskussion/ Sven Glückspilz 3
Antifa-Vernetzung 5
Volxsport 6
TAG X - Nachbereitung 7
TAG S - Vorbereitung 8
Marchstrasse 9
Sexueller Mißbrauch (Hamburg) 10
- dazu als Reaktion:
Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen 12
Sexuelle Gewalt gegen Jungen 13
Kommando zur Abschaffung von Gustav Gans 14
Konkret-Kongreß-Nachbereitung 17
Coburger Convent-Sondermarke 20
So nicht! - zum K.-H. Dellwo-Brief 22
Zum Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier 23
Gewalt gegen Behinderte 26
Krüppelfrauen-Gruppe gegen &218 28
Medien in Jugoslawien 29
REP-Parteitag in Augsburg 30
Auf zur Tour 94 31
Auf nach Brunsbüttel (AKW) 32
Auf nach Papenburg (BENZ) 33

Ordner:
Männer-Sterilisation
Flugblatt zum Prozeß gegen Ingrid Jacobsmeier (Artikel im Heft)
Konkret-Kongreß - Kritik vorher (Nachbereitung im Heft!)
Faschisten um Innenminister Pasqua (Frankreich)
Neofaschistische Gruppen in Solingen
Harte Worte nach Gelöbnis (Halle)

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

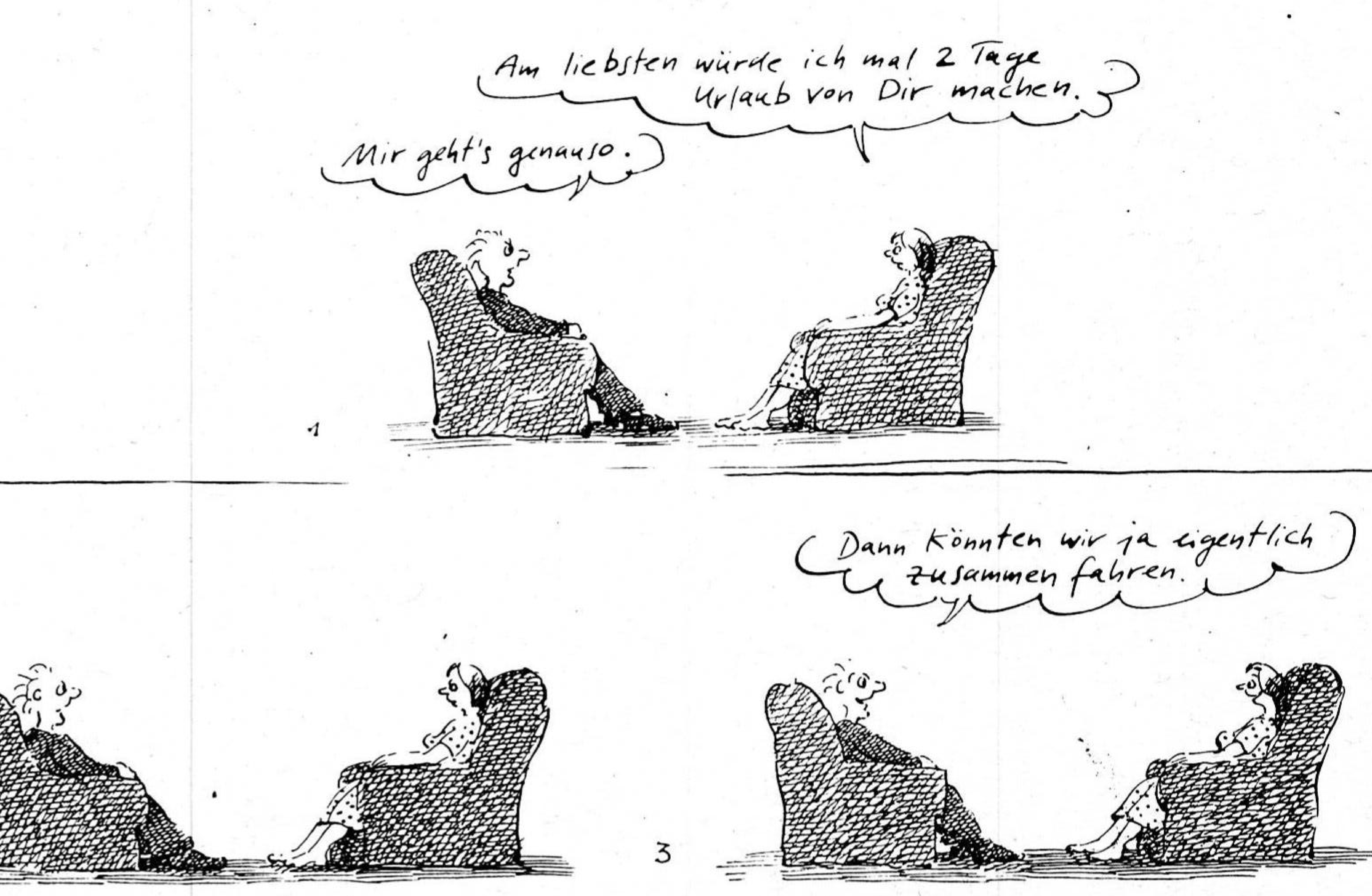
INTERIM - GLÜCKSPILZ

Ich möchte versuchen, das Konzept "Interim" kritisch zu beleuchten und in einen politischen Rahmen zu stellen. Um es gleich zu verraten: Am Ende kommt heraus, daß ich die Interim, wie sie derzeit erscheint, für eine Sackgasse halte, deren Ende (fast?) erreicht ist. Und um mich selbst einzuordnen: Ich (ein Mann, wie der Name schon andeutet) erkläre keinen Austritt aus irgendeiner Bewegung, obwohl mir der Ausdruck "Autonome" schon so etwa zwei Jahre nach seiner Einbürgerung nicht mehr geschmeckt hat. Im übrigen bin ich ein Besserwisser und habe von vorneherein die fünf Seiten gestrichen, in denen ich beschreibe, wieso ich all dies schon lange wußte und daß die aktuellen Diskussionen auch gleichzeitig die von vor soundsoviel Jahren sind und daß die ganzen anderen Diskussionspapiere in der Szene alle falsch/daneben/unwichtig oder so sind.
Jetzt hole ich aus. Zur Vorgeschichte: Mitte der 70er Jahre verteilte sich die radikale Linke hauptsächlich auf vier Bereiche: Kommunistische K-Gruppen, Sponti-Bewegung, Frauenbewegung und bewaffneter Kampf samt Anhang. Vor allem aus den zwei ersten Gruppen strömten viele in die neu entstehenden "Teilbereichskämpfe", z.B. Anti-AKW- und Häuserkampf. Andere wanderten ab zu der gerade entstehenden parlamentarischen Strömung Grüne/AL. Diese einzelnen Bereiche hatten jeweils ihre eigenen Medien, also i.a. Zeitungen, die inhaltlich und redaktionell auch weitgehend auf ihren eigenen Bereich fixiert waren. Ausnahmen, wie z.B. der Arbeiterkampf (AK), fielen da eher auf. Abgesehen vom Info-Dienst des ID-Archives verfolgten all diese Zeitungen das Redaktions-Konzept, d.h., es gab feste Gruppen, die die Zeitung inhaltlich bestimmten und füllten.
Mit dem Aufkommen der "Bewegung" Ende der 70er/Anfang der 80er wurde diese Landschaft durcheinandergewirbelt. Die übriggebliebenen K-Gruppen verloren weitgehend den Kontakt zu anderen linksradikalen Strömungen und dümpelten fortan im eigenen stillen Wasser; die anderen Bereiche wurden z.T. vermischt, durch viele neue Menschen und eine Aufbruchstimmung ergänzt. Die "Radikal", ehedem "sozialistisch", wurde zu einem ersten Ausdruck dieser Umstrukturierung. Obwohl sie hauptsächlich den Teilbereich Häuserkampf bediente, wurde sie doch von den MacherInnen wie von den LeserInnen eher als eine Art Bewegungszeitung angesehen.
Der Begriff der "autonomen" Politik wurde dort zum ersten Mal benutzt, um diese Bewegung zu definieren. Denn in dem Maße, wie der vorübergehend explodierte Teilbereich Häuserkampf verlorenging, ohne daß dabei auch die Menschen einfach verschwanden, wurde es notwendig, einen Begriff zu finden, der diese Bewegungs-Menschen zusammenfaßte. Dabei war es nur folgerichtig, daß dieser Begriff neu war, daß auf keine der bisherigen Defintionen zurückgegriffen wurde (wie sozialrevolutionär, anarchistisch, libertär, kommunistisch...): denn die Bewegung war oft nicht so ideologisch festgelegt, wenn aber doch, dann in verschiedenen Richtungen, so wie sie ja auch aus verschiedenen Strömungen entstanden war. Die Bezeichnung "Autonome" war also von vorneherein in erster Linie an den Subjekten orientiert, sie faßte Menschen zusammen, die eine bestimmte Phase der Geschichte so um 1979-83 zusammen durchlebt hatten. Danach erst kam der Versuch, aus dieser Klammer auch eine politische, gar ideologische Bezeichnung zu machen, sie inhaltlich zu füllen und ihre Grenzen auszutasten. Das ist aber, meine ich, bis heute nicht gelungen, denn der zuerst genannte Aspekt, das Schaffen des Wir-Gefühls, bestimmt auch nach 10 Jahren noch den Begriff "Autonome". Längst haben sich darunter die diversen politischen Strömungen formiert.
Begünstigt wird das dadurch, daß das Wort "Autonome" durch Medien und Staats-propaganda größtenteils unserer Kontrolle entzogen worden ist. Da es nie ein politisches Programm der Autonomen gab, stattdessen ein (von vielen von uns auch gewolltes) Durch- und Nebeneinander zahlloser Einzelpositionen und -aktionen, haben diejenigen, die uns von außen betrachten, sich einfach Teilansichten herausgesucht. Die Medien orientieren sich, ihrer eigenen Logik folgend, an den Aktionsformen, nicht aber an den Menschen, die diese tragen.

Daher erscheinen alle, die irgendwo einen Stein schmeißen, erst mal als "Autonome" (bis hin zu Behauptungen, 1992 in Rostock seien Autonome an dem Pogrom beteiligt gewesen...), während andererseits "friedliche" Aktionen, selbst wenn sie von denselben Menschen gemacht werden, "unzufriedenen Jugendlichen" o.ä. zugeschrieben werden. Wegen dieser ganz verschiedenen Verwendung des Begriffes "Autonome" bei uns und in "der" öffentlichkeit ist die Verwirrung komplett. Etliche, die sich begrifflich oder theoretisch von der Bezeichnung trennen wollen, oder die mit dem Begriff Autonome schon mal gar nichts anfangen können, werden medial genau da hingesteckt. Andere, die geschichtlich Autonome sind, werden als solche öffentlich nicht mehr wahrgenommen (auch szene-öffentlich).
Der Begriff der Autonomen hat sich seit Mitte der 80er gegen uns gekehrt: In den Medien wird er negativ zu besetzen versucht und seine Definition wird dort von unseren Gegnern bestimmt, in unseren eigenen Reihen blockiert er als subjektiv-politisches Zwitterwesen die selbstbestimmte Erarbeitung eigener Fundamente: Was will ich, mit wem will ich es, wo unterscheiden wir uns? Als geschichtliche Klammer hat er seine Funktion durchaus erfüllt, aber in dem Maße, in dem er - der Begriff - nicht mehr stimmte, weil die *personelle* Zusammensetzung der Linksradikalen sich änderte, wurde er von der notwendigen Klammer zum steifen Mythos. Dieser Mythos war und ist oft von politischem Nutzen, wenn es darum geht, mediale Aufmerksamkeit zu erregen und Stärke zu demonstrieren.
Als die 89er-Ereignisse (hoffentlich) auch den letzten unter uns klarmachten, daß ein Mythos dir keine einzige Frage wirklich beantwortet und dir auch nichts hilft, wenn die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse knallhart offengelegt werden, fielen nicht wenige in Selbstzweifel und Depression. Die politisch-ideologischen Strömungen haben seitdem an Gewicht gewonnen. Kommunismus wird wieder schick, wenn auch nicht gerade als freiheitliche Utopie, sondern mehr in der praktischen Politik, also sozusagen als taktischer Kommunismus. Die Ideen der Autonomie, wie z.B. zuletzt nachzulesen in der Interim 243, sind deswegen nicht falsch geworden. Es ist aber notwendig, sie einzuordnen in die politische Diskussion. Sie sind ein politischer Teilbereich der Linksradikalen geworden. Es ist nicht gelungen, mit dem Begriff der Autonomie eine neue, zusammenfassende Programmatik der radikalen Linken zu schaffen. Insofern sind alle "Austritte" etc. aus "den Autonomen" unnötige Abgrenzungen, denn es gibt "die" Autonomen schon seit Jahren nur noch in den Medien oder als persönlich-informelle Struktur im Sinne "autonomer Gruppen".
Zurück zum eigentlichen Thema, den Medien: Die "Radikal" als autonome Zeitung versucht spätestens seit ihrer Illegalisierung, die mit dem Niedergang der Bewegung zusammenfiel, eine Brücke zu schlagen zwischen den Alt-Autonomen und den von ihnen vor allem praktisch entwickelten politischen Konzepten auf der einen Seite und den neu hinzugekommenen Menschen auf der anderen Seite. Das erweist sich, zusammen mit der eingeschränkten Verbreitungsmöglichkeit, als eher enger Rahmen. Weder die Radi noch andere - mehr oder weniger schnell gescheiterte - Projekte mit inhaltlicher Perspektive haben es ernstlich geschafft, politische Maßstäbe zu setzen, die "die" Autonomen (be)greifbarer gemacht hätten. Aus der Unberechenbarkeit der Bewegung wurde zunehmend Beliebigkeit.
Das ist auch das Problem der Interim. Der oben beschriebene Zerfall des autonomen Bezugsrahmens hat es für die Interim zunehmend schwieriger, gleichzeitig aber auch notwendiger gemacht, einen eigenen Standpunkt zu beziehen. Es genügt eben nicht mehr, eine undeutliche Vorstellung zu haben, wer "wir" sind und für wen die Texte in der Interim geschrieben werden. Und es ist von Bedeutung, für wen sie geschrieben sind, denn sie ersetzen zunehmend die Kommunikation zwischen genau den Menschen, die eigentlich unter diesem "wir" zusammengefaßt werden sollen. Da das Konzept Interim, so offen es auch teilweise aussieht, eng an den beschriebenen autonomen Mikrokosmos gebunden ist, zerfällt es auch mit diesem - oder rostet zumindest. Daß die Auseinandersetzung mit kommunistisch auftretenden Gruppen heute eine Rolle im autonomen Kontext spielt, war zwar schon vor Jahren absehbar, ist aber dennoch

ein Zeichen für den Rost.
Dazu kam und kommt der unterentwickelte Umgang der autonomen Bewegung mit gesellschaftlicher Kommunikation: sei es kulturell, künstlerisch, im Bereich der Medien... Nach der Ablehnung und z.T. Bekämpfung der herrschenden Kulturbegriffe müßte ja eigentlich die Schaffung eigener Werte kommen, die Gegenkultur, aber da tat und tut sich leider wenig; diese Bereiche werden weitgehend anderen, "nicht-autonomen" Menschen überlassen (das sind übrigens teilweise auch die, von denen jedes Jahr am 1.Mai tausende zur Demo kommen).
Diese fatale Trennung von Kultur im weitesten Sinne und Politik bewirkt, daß wir Autonomen zwar individuell an vielen Stellen aus dem herrschenden Kulturbegriff ausbrechen, dies aber kollektiv nicht umsetzen. Die Folge ist, daß wir weit stärker als von uns gewollt (und auch oft unbemerkt) in den ganz normalen Mechanismen stecken, die die gesamte gesellschaftliche Entwicklung mitbestimmen: Konsumismus, Individualisierung, Anonymisierung.
Der einzige erklärte autonome Standpunkt gegenüber Medien ist: "Kameramann Arschloch".
Ich will nicht sagen, daß es stets und unbedingt richtig ist, ein offenes Verhältnis zu den sogenannten bürgerlichen Medien zu entwickeln. Vielleicht ist es auch richtig, sie strikt und grundsätzlich abzulehnen - aber dann muß auch ein anderer Weg der Kommunikation mit dem nicht-autonomen Teil der Gesellschaft, der uns interessiert, gefunden werden. Leider scheint es oft so, als interessiere uns ein nicht so sehr großer Teil. Oft ist bei uns eine Doppelmoral anzutreffen: Einerseits Ablehnung der bürgerlichen Medien, andererseits eine starke Fixierung auf genau diese Medien zur Übermittlung der eigenen politischen Botschaften (in Form von Demos, Aktionen...). Heißt das, den Feind mit seinen Waffen schlagen? Oder heißt es nicht eher, mangels besserer Ideen seine Spielregeln zu übernehmen?
Und was ist mit unseren eigenen Medien? Der Konsumismus verbreitet sich auch dort. Die gebetsmühlenhaften Aufrufe der Zeitungen: beteiligt euch! werdet selbst aktiv! werden bereits weniger, aber nicht, weil so viele Leute plötzlich mitmachen, sondern weil die MedienmacherInnen inzwischen diese Hoffnungen aufgegeben haben. Von Radios redet kaum mal noch jemand. Die Aktivitäten, das Engagement vieler Leute aus der ehemaligen DDR wurde und wird von vielen Wessis eher belächelt, nach dem Motto, die werden schon bald merken, daß sie sich den Enthusiasmus schenken könnten. Und sie merken es auch schon. Was wir uns, nebenbei, auch merken sollten: Beim Überrollen der DDR durch die westdeutsche Maschinerie waren auch wir, insgesamt gesehen, mehr Zahnrad als Sand im Getriebe.
In der realistischen Einschätzung, daß verantwortliche Mitarbeit wirklich nur von denen zu erwarten ist, die materiell und als Gruppe an einer Zeitung arbeiten, haben sich seit Mitte der 80er zwei Tendenzen herausgebildet: Zum einen die Zeitungen, die redaktionell arbeiten und von vorneherein davon ausgehen, alles selbst erarbeiten zu müssen und auf nicht allzuviel Eigeninitiative der LeserInnen hoffen zu dürfen. Zum anderen Projekte wie die Interim, die zwar vordergründig von der Mitarbeit vieler leben, aber gleichzeitig keine oder kaum Verantwortlichkeit von diesem vielen verlangen (können). Der gesellschaftliche Trend ist hier mit von der Partie. In Talkshows wird geredet und gestritten, Ergebnis egal. Namen kommen und gehen, die Anonymität wird hinter scheinbar individuellen Mustern versteckt. Jeder und jede kann etwas tun, etwas sagen, etwas schreiben. Niemand trägt mehr Verantwortung für sich selbst, als es ihm oder ihr gerade paßt. Kein Wunder, daß Politiker nicht mehr zurücktreten wollen.
Diese Beliebigkeit, die der Konsumismus mit sich bringt, spiegelt sich auch zunehmend in unserem Mikrokosmos wieder. Es wir schwerer, Phrasen von gründlichen Überlegungen zu trennen. Die Interim ist weniger Schauplatz karger Informationen über Termine/Ereignisse als vielmehr von Auseinandersetzungen zwischen einander z.T. unbekannten Gruppen und Parteien. Protestschreiben, LerserInnenbriefe, programmatische Erklärungen, Schlammschlachten... alles von talkshowhafter Beliebigkeit, und die einzigen tiefen Gefühle, die geweckt werden, gipfeln in dem Bedürfnis, "jetzt auch mal was dazu zu sagen", ansonsten wird konsumiert.
All das wäre ja nicht so schlimm, wenn es nicht unter dem Schein der politischen Auseinandersetzung daherkäme. Natürlich gibt es auch wertvolle Texte in der Interim, so wie es auf MTV auch mal ein gutes Musikstück zu hören gibt. Aber die Auseinandersetzung der Menschen untereinander wird dadurch immer schwieriger, denn sie kommunizieren immer weniger unmittelbar, dafür mehr und mehr über die Krücke "Medium".
Vielleicht würde es ohne die Interim in ihrer heutigen Form nicht mehr Diskussionen, mehr Entwicklungen als jetzt geben; aber ihnen wäre zumindest ein Hindernis aus dem Weg geräumt: Diese Blockade der autonomen, also selbstbestimmten Entwicklung von Kommunikation und Diskussion durch ein Massenmedium. Wenn es ohne das Massenmedium plötzlich sehr still wird, ist das natürlich erst mal ungewohnt und bedrohlich, aber es wird dann wenigstens der wahre Zustand offengelegt. Und erst dann kann eine neue Phase beginnen.
Das heißt nicht, daß ich gegen Medien, auch Massenmedien, an sich bin. Ich denke, daß das Interim-Konzept in die Falle der herrschenden gesellschaftlichen Entwicklung geraten ist, und daß es da auch Wege heraus gibt. Ich fände es wertvoller, wenn es einerseits eine formale politische Programmzeitschrift gäbe, also mit dem Schwergewicht auf Ankündigungen, Mobilisierungen, Vorstellung von Ideen (schon möglich, daß das dann nur noch 5 Seiten pro Woche wären, oder aber der Rahmen müßte erweitert werden, z.B. um kulturelle Bereiche)... andererseits eine redaktionell bestimmte, aber - ähnlich der Radi - inhaltlich auch offene Zeitung gäbe, deren MacherInnen deutlich Stellung beziehen. Die müßte dann allerdings auch mehr darauf achten, was sie warum für wen macht, damit sie nicht - wie z.B. die Prowo - in der Bleiwüste der korrekten, hochgezüchteten Inhalte verdurstet.
So, wie die Interim heute aussieht, ist sie meiner Meinung nach eher ein politischer Bremsklotz geworden, oder: ein Teil des autonomen Mythos und der potemkinschen Politik, die unsere Kräfte verschleißt. Laßt den Namen praktisch werden!

Sven Glückspilz (juni 93)



Vorschlag zur Vernetzung von antifaschistischer/antirassistischer Arbeit/Gruppen in Berlin

Alle waren geschockt, daß die FAP am 1. Mai tatsächlich ihren Aufmarsch durchziehen konnte. Ermöglicht wurde dieser von einer durchgreifenden Staatsgewalt. Von unserer Seite hätte mehr zur Verhinderung dieses Aufmarsches laufen können.

Sicher ist auch einigen aufgefallen, daß es dieses Jahr keine Demo zum 20. April gab. Schade finden wir das, denn es waren kraftvolle Demos, zu denen sich auch viele "ausländische" Kids mobilisieren ließen.

Es lief zu wenig in der Stadt gegen die Abschaffung des "Asylrechts" und auch erst zu spät etc..

Wie sieht es aus mit der Antifa?

In einigen Kiezen arbeiten verschiedene Gruppen mehr oder weniger erfolgreich. Projektbezogene Gruppen, d. h. Leute die kontinuierlich Archiv-, Zeitungs- oder Recherchearbeit betreiben, hocken oft auf ihrem Wissen. Austausch zwischen diesen Gruppen gibt es wenig. Dabei könnte die eine oder andere Veranstaltung, das eine oder andere Flugi locker durch die ganze Stadt wandern. Stattdessen wird viel Arbeit doppelt und dreifach gemacht. Was läuft ist selten miteinander koordiniert, und eine Reihe Leute holt sich einfach nur und immer wieder einen Frust ab. Zusammen hätte es vielleicht besser ausgesehen. Die Arbeit zu überregionalen Mobilisierungen wie Wunsiedel oder Halbe bleibt auch immer an sehr wenigen hängen, wenn da einige Gruppen verbindlicher zusammenarbeiten würden, wäre das leichter und effektiver. Weitere Stichworte sind "Austausch von Hintergrund - Infos zu den Faschos", "die Kampagne gegen Nazizeitungen", der eine Verbreitung in vielen Gruppen sicher auch nicht schaden würde...

Warum wir diesen Vorschlag jetzt machen?

Wir haben keinen Bock die Krise zu bejammern, wir sehen viel Arbeit, die gemacht werden muß. Und Arbeit hat es nun mal so an sich, daß es angenehmer und effektiver ist, sie zu verteilen.

Wir arbeiten mit einigen Gruppen auf informeller Ebene oder auch teilweise praktisch zusammen. Dies beruht aber in erster Linie auf persönlichen Kontakten und nicht auf der Ebene von einem koordinierten Austausch zwischen Gruppen.

Eine Koordination, wie wir sie uns vorstellen, hat natürlich nur Sinn, wenn es etwas zu koordinieren gibt. Die Gefahr ist groß, sich nur noch um die eigene Achse zu drehen. (Bei konkreten, vergangenen Versuchen dieser Art war uns häufig schwindelig. Und teilweise stellten solche Koordinierungstreffen nichts anderes als eine neue Gruppe oder Gruppenzusammenhang dar.)

Wen wir ansprechen möchten?

Wir sind von unserem Selbstverständnis her erstmal eine Antifa-Gruppe. Unsere praktische Arbeit hat sich aber weiter entwickelt, als uns ausschließlich mit den Nazis und deren Umfeld zu beschäftigen. Dies sind konkrete Aktionen gegen die Beseitiung des Asylrechts oder gegen rassistische Übergriffe und Propaganda. Außerdem Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen gegen das Zegg und deren Umfeld etc.

Insofern könnten wir uns eine punktuelle Zusammenarbeit auch zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten vorstellen, z. B. zwischen antirassistischen und antifaschistischen Gruppen. Wir wünschen uns, daß auch eine Koordination zwischen gemischten Gruppen und Frauen-Antifa-Gruppen möglich sein wird.

Was wir uns vorstellen?

Die Treffen finden nicht öffentlich statt. Es soll aber trotzdem allen Gruppen, die sich angesprochen fühlen die Teilnahme ermöglicht werden. Dafür hoffen wir, daß dieser "Vorschlag" entsprechend veröffentlicht bzw. weiter verbreitet wird. Wir haben den Eindruck und teilweise die Erfahrung gemacht, daß sich völlig neue Gruppen gebildet haben, die z.T. nicht über entsprechende Sceneverbindungen verfügen, die wir aber miteinbeziehen möchten.

Aus unserer Gruppe haben sich einige zusammen gefunden, die sich bei schriftlicher oder anderer Kontaktaufnahme um Terminweitergabe etc. kümmern. Wir denken in erster Linie an einen Informationsaustausch, der verbindlich sein sollte und auch in die Gruppen zurückgetragen wird. Die Treffen sollen nicht dazu dienen, kurzfristige Mobilisierungen abzuwickeln, d. h. wir haben keinen Bock auf reine Feuerwehrpolitik.

Damit dies nicht so wird, schlagen wir erstmal etwa monatliche Treffen vor, die auch gut vorbereitet sind. Wenn das zu wenig wird, wäre das klasse, denn das hieße ja dann, daß nicht nur wir dringenden Handlungsbedarf sehen.

Macht euch Gedanken, welche Schwerpunkte ihr auf eine Zusammenarbeit legen wollt, welche Vorstellungen ihr habt. Wir stellen Vorschläge zur Diskussion (wir haben noch einiges vor) - wir hoffen ihr auch !!

Zum Organisatorischen: Eingeladen sind unabhängige (nicht parteilich gebundene) arbeitsfähige Gruppen. Sprecht uns an oder schreibt an das Postfach 210235 in 1000 Bln 21 (ab 1.7.: 10502), wir werden euch Treffpunkt und Uhrzeit dann mitteilen.

9. Juni 1993

Antifaschistische Initiative Moabit

ZUM Gedenken

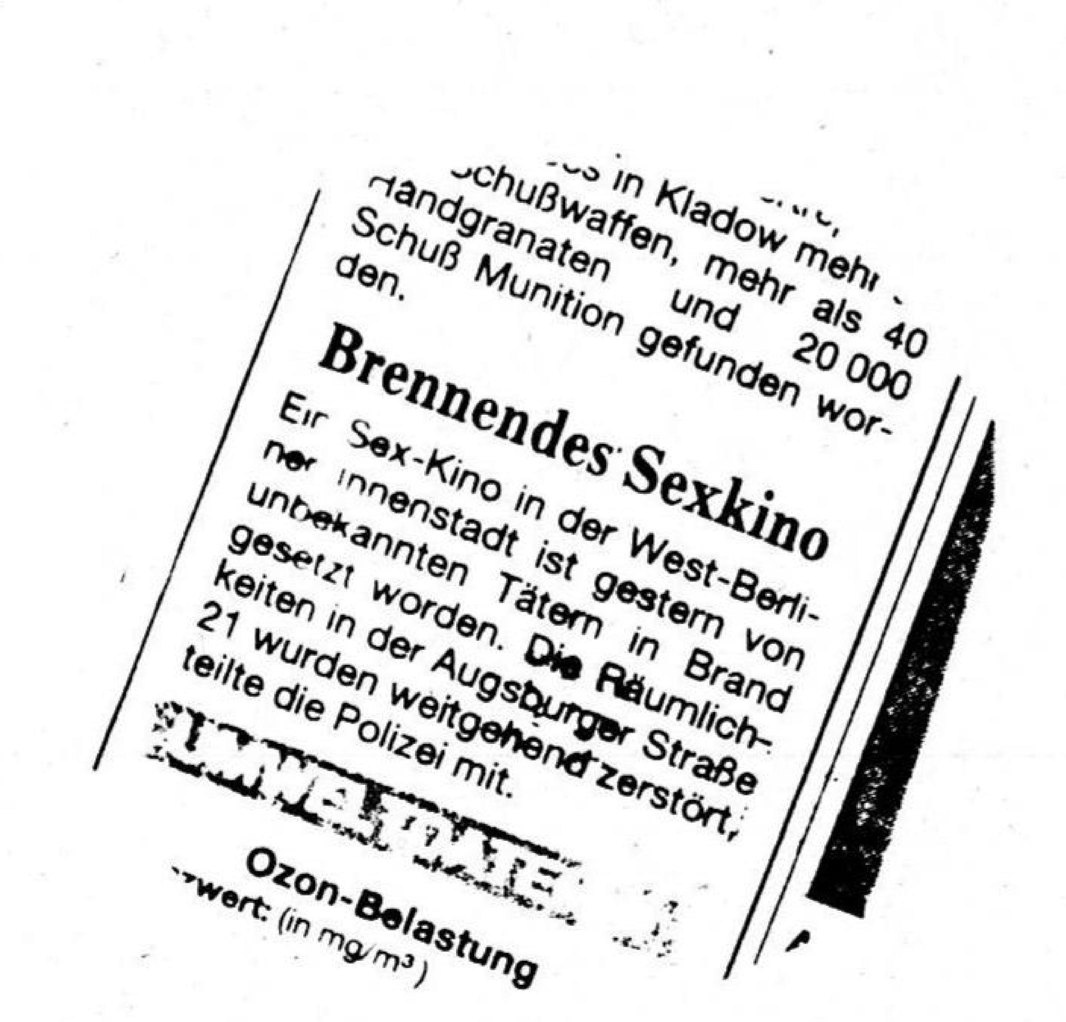
ZUM GEDENKEN AN BENNO OHNESORG, ERMORDET VON EINEM BULLEN AM 2.JUNI ´67, HABEN WIR DEN STRAßENZUG STRAßE DES 17.JUNI IN EINER KURZFRISTIG ANGESETZTEN NÄCHTLICHEN ZEREMONIE UMBENANNT.
AUFGRUND DER WIDRIGEN UMSTÄNDE WAR ES UNS NICHT MÖGLICH DEN UMBENENNUNGSAKT IN EINEM GRÖßEREN PUBLIKUMSWIRKSAMEN RAHMEN STATTFINDEN ZU LASSEN.

STRAßENUMBENENNENDESFAHRRADKOMMANDOZWEITERJUNI

Am Tag habt ihr die Macht
Doch uns gehört die Nacht!

In der Nacht vom 9. zum 10. Juni wurden in der Frankfurter Allee in Friedrichshain 4 große Geschäfte und 1 Bank entglast.
Das war die direkte Reaktion auf die in den Tagen zuvor stattgefundenen faschistischen Brandanschläge auf mindestens 7 von türkischen Menschen bewohnten Häusern:
Hinter dem Faschismus steht das Kapital - bekämpft es überall!

am mo 17.5. haben wir die scheiben von radio 100,6 mit steinen beworfen
.... leider waren sie äußerst widerstands-fähig.
olympia verhüten


...Schußwaffen in Kladow mehr ... Handgranaten, mehr als 40 Schuß Munition und 20 000 gefunden worden.

Brennendes Sexkino

Ein Sex-Kino in der West-Berliner Innenstadt ist gestern von unbekannten Tätern in Brand gesetzt worden. Die Räumlichkeiten in der Augsburger Straße 21 wurden weitgehend zerstört, teilte die Polizei mit.

Ozon-Belastung
...wert: (in mg/m³)

WIR HABEN DAS AUTO VON KARL-HEINZ SCHMIDT BREITUNGER WEG25 A IN BERLIN 47 IN BRAND GESETZT! ER KANDIDIERTE IN NEUKÖLLN FÜR DIE NATIONALEN!ER WOHNT IN EINER FAST REINDEUTSCHEN GEGEND, EINFAMILIENHÄUSER.DORT,WO DIE AUSLÄNDERHASSER ZUHAUSE SIND UND SICH SICHER FÜHLEN,WIRD ES ÖFTER BRENNEN!WER HASS SÄT MUß SELBST MIT FEUER RECHNEN.
EINE ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE

In der Tiroler Straße in Pankow, Nähe U-Bahnhof Vinetastraße, gibt es den Fascholaden "NO REMORSE".
Wir demonstrierten vor dem Laden, forderten Pankower Politiker auf zu handeln und sammelten Unterschriften gegen diesen Laden. Aber jetzt bleiben uns die Ideen aus. Wenn Ihr friedliche und wirksame Einfälle habt, dann teilt sie dem "Olaf-Palm-Zentrum mit (Brunnenstraße 125, am U-Bahnhof Voltastraße, Dienstag und Donnerstag von 15.00 - 17.00 Uhr) bei der dortigen Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE). Sagt aber unbedingt, daß diese Infos für die JRE Pankow/Prenzlauer Berg sind. Oder kommt mit Euren Ideen bei uns vorbei. Wann und wo wir uns treffen in Pankow oder Prenzlauer Berg erfahrt Ihr ebenfalls von den JRE-Menschen im Olaf-Palme-Zentrum. Wie gesagt, wir würden uns über neue Leute mit neuen friedlichen Einfällen gegen diesen Fascholaden freuen!

Mitglieder der JRE

nachbereitung tag X

- trotzdem wir die abschaffung des asylrechts nicht verhindern konnten (was auch keineR von uns erwartet hatte), war tag X einerfolg:
  * gute bundesweite mobilisierung für das blockade-konzept (in berlin wurde erst viel zu spät und nicht massiv genug mobilisiert!)
  * die abgeordneten mußten fliegen oder schippern, um reinzukommen
  * defensives vorgehen der bullen
  * die (internationale) presse hat unsere proteste dargestellt
  * die mobilisierung ist vielerorts mit aktionen und veranstaltungen verbunden gewesen
- die demo richtung innenstadt halten wir für sinnlos und falsch, militante einzelaktionen oder eine kraftvolle demo in die bannmeile hätten mehr sinn gemacht
- daß menschen, die zum gottesdienst wollten, teilweise (zum groß teil!) behindert und gedemütigt wurden, empfinden wir als menschenverachtend (wie z.b. der schon fast faschistoide spruch:" "knie nieder oder du kommst hier nicht durch!") und unserem anliegen äußerst hinderlich, mal abgesehen davon, daß es entgegen alle absprachen war
- daß der trägerINNEN kreis ohne rücksicht auf die blockade sein programm durchzog, ohne unterbrechung bzw. empfang für ankommende blockadepunkte, und uns nur beachtete, um sich von dem geplänkel auf der heuß-allee zu distanzieren, ist 'ne ziemliche sauerei
- nächstes mal (?) sollten wir an genügend batterien denken und die technik vorher unbedingt ausprobieren, damit solche peinlichkeiten, daß vergessen wird, die antennen aus den funken weit genug rauszuziehen, nicht mehr vorkommen

die blockade ist geschafft, doch die arbeit fängt jetzt erst an!!

REISSEN WIR DIE MAUERN (grenzen) EIN, DIE UNS TRENNEN
KOMMT ZUSAMMEN LEUTE, LERNT EUCH KENNEN !!!

tag S

deutsches Militär in Somalia

Deutsche Soldaten ziehen wieder in den Krieg, deutsches Liedgut auf den Lippen. Die Soldaten haben Lieder und Kondome im Sturmgepäck – und Waffen. Waffen für den „Selbstschutz" bei einer „humanitären Aktion" in Afrika, so formuliert es der Außenminister.

Haben Sie schon vorgesorgt?

Neu! Neu!

Verlangen Sie in allen Konzerten bei Ihren Vereinsfestlichkeiten und sonstigen Gelegenheiten von jeder Militär- und Zivilkapelle den neuesten herrlichen Marsch

„Heil, Deutschlands Kolonien!"

von O. Lehmann op. 21

Flotter Rhythmus! Herrliche Melodie!

Ein Bravour- und Effektmarsch allerersten Ranges!

Preis für Orchester .... M 2,50
" " Militärmusik .... M 3,00
" " Kavallerie- oder Jägermusik .... M 2,00
" " Klavier 2händig .... M 1,50

Bei Bestellung der Klavierstimme von 10 Exemplaren entsprechenden Rabatt! Zu beziehen durch jede Musikalienhandlung des In- und Auslandes

sowie direkt von

O. Lehmann's Musik-Verlag, Würzburg.

Quelle: „Kolonie und Heimat" vom 25/08/1908

Kurswechsel im vereinten Deutschland

„Wir alle müssen umdenken" (Kinkel). Was meint er damit? Die deutsche Außen- und Militärpolitik soll radikal umgewandelt werden. Die aus der Niederlage nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangene „freiwillige Selbstbeschränkung" auf die Verteidigung der BRD soll endlich überwunden werden. Das vereinte Deutschland strebt nach voller Souveränität und Gleichberechtigung mit den anderen Großmächten in der UNO. Dazu gehört auch die Bereitschaft zur militärischen Intervention an allen Orten der Welt.

„Dabei läßt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: ... Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt ..." (Verteidigungspolitische Richtlinien des Bundeskriegsministeriums, 11/92).

Schöne Worte über den Krieg

Im Wortschatz unserer Politiker wird heutzutage ungern der Begriff Krieg benutzt. Lieber spricht man von „friedenssichernden und -erhaltenden Maßnahmen" im Rahmen der „erweiterten Landesverteidigung" mit Hilfe von „Krisenreaktionskräften". Im Klartext: Weltweiter Einsatz deutscher Soldaten, um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu vertreten.

Für jeden einzelnen Soldaten in der Bundeswehr bedeutet das, daß er damit rechnen muß, „an die Front" geschickt zu werden. „Vor allem aber bedeutet der künftige Auftrag der Bundeswehr für die Soldaten, die ihn durchführen, Risiko für Leib und Leben" (Generalinspekteur Naumann, 11/91).

Deutschlands Politiker und Generäle sind bereit, diese Opfer zu bringen. Die „vitalen Interessen" der deutschen Wirtschafts- und Weltpolitik sind wichtiger als Menschenleben – sowohl hier als auch am Ort des Einsatzes.

Die internationalen und nationalen Konflikte sind letzten Endes begründet im bestehenden Weltwirtschaftssystem. Diese Ordnung soll jedoch auf keinen Fall in Frage gestellt, sondern geschützt werden. Nicht-militärische Strategien zur Konfliktlösung (Verhandlungen, Embargos, Boykotte) werden deshalb nicht ernsthaft verfolgt. Auch Abrüstung ist im Moment kein Thema mehr. Stattdessen werden Aufrüstung und die weitere Existenzberechtigung der Bundeswehr mit „gestiegener Weltverantwortung" begründet. Dabei ist es offensichtlich, daß ein nationaler Frieden, der durch militärische Gewalt von außen – wie im Falle Somalias – erzwungen wird, keinesfalls die Basis für eine selbstbestimmte, demokratische Entwicklung in einem Land sein kann.

Wie sagt doch Kinkel: „Wir alle müssen umdenken."
Wollen wir das?

Aktionsdemo am Tag S

gegen die Kampfeinsätze der Bundeswehr in aller Welt

tag S *Abmarschtag des Hauptteils deutscher Soldaten nach Somalia*

19 Uhr Breitscheidtplatz (Gedächtniskirche)

Organisiert Telefonketten! Beachtet die Medien!

Veranstalterin: Afrika-AG der Stiftung Umverteilen! / Koordination: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstraße 25, 1000 Berlin 36, Fon 615 005 30, Mo–Fr 10–18 h, Spendenkonto 199 567, Ökobank e. G., BLZ 500 90 100
UnterstützerInnengruppen: Graswurzelrevolution; JungdemokratINNen/Junge Linke; Neues Forum; Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär; Junge GenossInnen; Berliner Frauen gegen Bevölkerungspolitik; Die Grünen/AL; Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.
ViSdP Ignaz Wrobel, Oranienstr. 25, 1/36

WIR BEKOMMEN ALLES!

4 Jahre besetzte Häuser Marchstraße/Einsteinufer Charlottenburg





Der Räumungsprozeß geht weiter

Naja, aus dem „Wir bekommen alles" ist nach 4 Jahren „Wir bleiben alle" geworden, und alle sind auch nicht geblieben. Wir, das sind die 70 BewohnerInnen und Bewohner der letzten besetzten Häuser und einer Wagenburg in West-Berlin. Wir, das ist „Was wir brauchen das müssen wir uns nehmen" immer wieder, auch wenn es mal nicht klappt. Wir, daß ist 4 Jahre dreckige Küche, aber trotzdem gemeinsames Abendessen, 4 Jahre Demos, 4 Jahre Knastarbeit, 4 Jahre Antifa. Und schließlich die Einsicht, daß gemeinsames Überleben und Leben von SchülerInnen, ArbeiterInnen, StudentInnen, Punxs und Politmicks, Frauen und Männern, "InländerInnen und AusländerInnen" möglich, aber ziemlich schwierig ist. Ein billiges Dach ist die Schwierigkeiten aber Wert. Unsere besetzten Häuser sind kein selbstbestimmter Freiraum, oder eine linke Nische im rechten deutschen Normalzustand, sondern für viele von uns eine Notwendigkeit. Die Unterdrückungverhältnisse, die in der Gesellschaft herrschen, wie Sexismus, Rassismus finden sich auch bei und unter uns wieder. Unsere Häuser geben uns lediglich die Möglichkeit etwas besser dagegen zu kämpfen. Und das läuft oft genug untereinander ab. Einen gemeinsamen Feind haben wir aber doch: die Henning von Harlessem & Co GmbH, Fasanenstr. 63, 1000 Berlin 19, die Hauseigentümerin. Sie versuchen uns seit 4 Jahren immer wieder auf die Straße zu setzen. Bisher hatten sie damit keinen Erfolg, aber Verträge haben wir auch nicht erhalten.

Der Kampf um die Häuser fing ganz einfach an. Vor 4 Jahren haben wir ein paar Bauwagen auf das unbebaute Gelände zwischen unseren Häusern gestellt, das Hüttendorf und das Gelände für besetzt erkärt. Gleichzeitig hatten wir zusammen mit TU-StudentInnen ein Konzept für die Sanierung erstellt und konkrete Forderungen nach Geldern zur Winterfestmachung bei den PolitikerInnen von Bezirk und Senat beantragt. Wir sind ihnen in ihren Büros und auf öffentlichen Veranstaltungen auf die Pelle gerückt um unseren Forderungen durch direkte Aktionen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Aufgrund unseres Druckes gelang es uns, daß der Bezirk die Abrissgenehmigung für unsere Häuser aussetzte und eine Bebauungsplanänderung einleitete. Beides zusammen sollte es den Eigentümern unmöglich machen billigen Wohnraum (unsere Häuser) zu vernichten, um dann ein sechsstöckiges Bürogebäude zu errichten. Es gelang uns ein Patt zwischen Bezirk, Senat und den Eigentümern. Der Bezirk wollte weder Bürogebäude noch Obdachlose — der damals rot/grüne Senat wollte sich seine linksliberalen Finger nicht dreckig machen und vor allen Dingen keine Gelder für unser geplantes Wohnprojekt bereitstellen. Diese Pattsituation konnten wir aber auch nicht zu unseren Gunsten wenden. Die Präsenz auf der politischen Ebene (Senat, Bezirk und Öffentlichkeit) verschwand.

Ohne eine breite Unterstützung der HausbesetzerInnenbewegung, bleibt die Durchsetzung besetzter Häuser, eine Frage, wie eine Legalisierung zu finanzieren ist.

Im Berlin 1993 gibt es keine starke HausbesetzerInnenbewegung und außerdem werden auch keine Gelder bereitgestellt für menschenwürdigen, billigen Wohnraum.

Zum Prozeß: Im Januar 1991 stellte die Eigentümerin einen stafrechtlichen Räumungsantrag. Dieser wurde abgewiesen, weil wir schon 2 Jahre die Häuser besetzt hielten und damit der Hausfriedensbruch Paragraph nicht mehr anwendbar war. Nachdem der Baustadtrat Dyckdof die Abrissgenehmigung im Juli 1991 verlängerte, reichte die Eigentümerin im September 1991 eine zivilrechtliche Klage auf Herausgabe des Eigentums ein. Wir gehen nicht davon aus, daß wir den Prozeß gewinnen können, denn in der BRD ist Privateigentum ein verbrieftes verfassungsrechtliches Privileg der Reichen, aber trotzdem gibt es auf der juristischen Ebene die Möglichkeit zum Widerstand gegen eine Räumung. Hätten wir uns nicht zusammen mit unseren AnwältInnen auf den Prozeß eingelassen, wäre die Klage beim ersten Prozeßtermin durchgegangen. Der Spekulant hätte seinen Räumungstitel in der Aktentasche gehabt, und wir säßen vielleicht schon seit einem Jahr auf der Straße.

Die ersten Prozeßtermine (9. und 18. März 1992) fielen aus, da sich das Landgericht für nicht zuständig erklärte. Der darauffolgende Prozeßtermin vor dem Amtsgericht war auch kein Erfolg für die Eigentümerin, da sie dem Gericht nicht glaubhaft machen konnte, daß sie auch die "richtigen" BewohnerInnen verklagt habe, und die Klage die vollständige Räumung und den Abriss damit ermöglichen würde. Der nächste Prozeßtermin findet am 23. Juni 1993 vor dem Amtsgericht Charlottenburg statt. Wir sind guter Hoffnung, daß es nicht der letzte sein wird. Denn das ist für uns der Sinn des Prozesses-Zeitgewinn — für eine politische Lösung und erstmal weiterhin ein Dach über dem Kopf.

Unser Fazit. Unsere Situation sieht ersteinmal nicht so gut aus, da sich der Senat, der Bezirk und die Eigentümerin immer näher kommen. Der Prozeß ist auf Dauer wohl nicht zu gewinnen. Unsere Mobilisierung zu den Prozessen folgten trotz tausenden von Flugis, Plakaten, mehreren Demos und Kundgebungen nur wenige Leute. Die Verteidigung und Durchsetzung bleibt für uns aber weiterhin eine politische Frage. Wir haben es zusammen mit unseren UnterstützerInnen immer wieder geschafft in den Häusern und auf dem Grundstück zubleiben, Durchsuchungen zu überstehen, die Schnüffler von der Bauaufsicht wegzuschicken. Der Polizei, den PolitikerInnen ist klar, daß wir uns nicht so einfach auf die Straße setzen lassen werden. Dies sind Erfahrungen die wir gemacht haben. Was wir brauchen müssen wir uns nehmen! Marchstr./Einsteinufer räumen ? Arschlecken!



PROZESS - KUNDGEBUNG Mi. 23.06.1993

um 10.00 Uhr im Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 1000 Berlin 19 in Raum 1/124

KUNDGEBUNG 9.45 Uhr vorm Gericht

SONNTAG 20.06.1993 STRASSEN- UND KINDERFEST

Marchstraße/Einsteinufer

U-Bahn Ernst-Reuter Platz



Den Prozeß zu führen kostet natürlich auch ne Menge Geld

Prozeßkostenkonto Sparkasse der Stadt Berlin KtNr. 810030497 BLZ 1005000 "Marchstr./Einsteinufer bleibt"

SEXUELLER MIßBRAUCH

Vor inzwischen mehreren Monaten wurde "in der Szene" ein damals knapp zweijähriges Mädchen von einem Mann sexuell mißbraucht.

KINDER ALS OPFER

Für uns steht außer Frage, daß dies Fakt ist. Wenn Kinder, (auch wenn sie noch nicht sprechen können) etwas in Richtung sexuellen Mißbrauch andeuten, zweifeln wir dies nicht an, sondern nehmen es ernst und gehen davon aus, daß es stimmt. Kinder denken sich soetwas nicht aus. Auch und gerade bei Kindern gilt: Nicht das Opfer muß etwas "beweisen" - wenn überhaupt muß der Verdächtigte/Täter den "Gegenbeweis" antreten. So gehen inzwischen die meisten von uns an Vergewaltigungen von Frauen ran - so muß bei Kindern, die noch wehrloser als Frauen sind, erst recht rangegangen werden. Menschen, die Kinder sexuell mißbrauchen, rechnen ja auch gerade damit, daß den Kindern nicht bis zur letzten Konsequenz geglaubt wird! (In diesem Punkt muß sich jede/r Einzelne selber hinterfragen, warum er/sie Aussagen eines Kindes mehr anzweifelt, als die eines Erwachsenen...)

Da wir aber auch alle in dieser Gesellschaft erzogen wurden und leben und der Verdacht des sexuellen Mißbrauchs so "ungeheuerlich" ist, geht mensch mit Kind zur allerletzten Sicherheit nochmal zu einer Beratungsstelle. In diesem Fall wurden die letzten Zweifel dadurch ausgeräumt - die Kompetenz einer Beratungsstelle über sexuellen Mißbrauch an Kindern stellen wir nicht in Frage!

WIE VERHINDERN

Daß einem Kind erst Gewalt angetan werden mußte (hoffentlich nicht mehr muß), bevor das Umfeld reagierte ist bittere gesellschaftliche Realität, die wir aufbrechen müssen. Wenn mensch gewisse Äußerungen und Verhaltensweisen des Täters ernst genommen hätte, wäre dieser Mißbrauch vielleicht zu verhindern gewesen. Dazu gehört ein bestimmtes Wissen über Anzeichen von sexuellem Mißbrauch, Sensibilität und Aufmerksamkeit und auch, die eigenen Gefühle ernst zu nehmen wenn eine/r etwas "komisch" findet. Dazu gehört auch, daß wir die Bereitschaft haben müssen uns intensiv miteinander über unsere Fehler und Probleme (z.B. Drogenkonsum) auseinanderzusetzen, besonders wenn wir gemeinsam die Verantwortung für ein Kind übernehmen (wollen).

NICHTVERHALTEN UND RATLOSIGKEIT

Obwohl Einzelne/Gruppen, auch wir, zumindest punktuell von dem sexuellen Mißbrauch wußten, ist von keiner nicht direkt betroffenen Seite reagiert worden. Die diesbezügliche Kritik ist mehr als berechtigt! Durch unser Nichtverhalten bis heute haben wir - wenn auch unbewußt - genau den gesellschaftlichen Umgang mit sexuellem Mißbrauch an Kindern reproduziert: Schutz des Täters durch nur bedingtes Vertrauen auf die Aussagen eines Kindes und "Privatisierung" des Umgangs damit. Wir haben erwartet, daß die direkten Bezugspersonen des Kindes und des Täters (er war Miterziehender des Mädchens) die Auseinandersetzung führen und öffentlich machen.

Wir haben geglaubt, daß nur sie sich erstmal zu dem Mißbrauch verhalten und äußern können, weil sie es am "genauesten" wissen. Wir haben erst (zu) spät erkannt, daß dies gar nicht oder nur sehr schwer gehen kann: Gerade weil die Miterziehenden und ihre FreundInnen so direkt betroffen sind, können sie nicht einfach den Mißbrauch benennen und den Umgang mit dem Täter klarstellen. Dies wäre uns in der Situation wesentlich leichter gefallen, weil wir mehr Distanz zu dem gesamten Beziehungsgeflecht der Miterziehenden haben. Wir müssen eine Auseinandersetzung um sexuellen Mißbrauch viel früher zu unserer eigenen Sache machen! Nur so können wir einer Diskussionsform, wie sie jetzt läuft (nämlich: Gerüchte, gegenseitige Beschuldigungen statt Auseinandersetzungen derer, die sehr wohl dem Kind glauben) entgegensteuern.

DER UMGANG MIT DEM TÄTER

Menschen, die ein persönliches Intresse an dem Täter hatten, haben versucht, mit ihm über den Mißbrauch an dem Mädchen zu reden: Er streitet nach wie vor alles ab. Vor allem in dieser Situation finden wir es durchaus richtig und angemessen, ihn in Form eines Steckbriefes aus der Anonymität herauszureißen. Es gibt bei sexuellem Mißbrauch an Kindern keinen "Ausraster" - es muß überall Mißtrauen gegen diesen Mann geweckt werden. Mißbrauch an Kindern gibt es eben nicht nur in "gestörten" Familien, sondern auch in unserer "sauberen" Szene. Solche Menschen müssen aus ihrem gesamten Bezugsrahmen rausfliegen. Sie sollen Schwierigkeiten in der Nachbarschaft, auf der Arbeit und gerade auch in ihrem politischen und persönlichem Umfeld haben. Die Ausgrenzung und Isolation des Täters dient einerseits dazu, durch die Bekanntmachung seiner Person, den Schutz von anderen, v.a. Kindern aber auch Erwachsenen , eher zu gewährleisten. Er darf nirgends hinkommen können, ohne daß die Betreffenden wissen, wer er ist.

Andererseits soll auf diese Weise massiver Druck auf ihn ausgeübt werden, daß er sich mit seiner Tat auseinandersetzen muß.

Was das aber (seine Auseinandersetzung) für den weiteren Umgang mit ihm heißt, da können wir bislang nur verschiedene Ansätze skizzieren, da wir uns noch mitten in der Diskussion befinden, wobei Frauen und Männer auch noch mal ganz unterschiedliche Ausgangspunkte haben.

Ansätze:

- Wie, wo und mit wem der Typ sich letztlich auseinandersetzt ist erstmal nicht unser Problem (uns = Szene/Umfeld). Wir sind uns dessen bewußt, daß die Veränderung eines Menschen, der Kinder sexuell mißbraucht wohl Jahre dauert, so daß unser Verhalten nur auf eine totale Ausgrenzung hinauslaufen kann.

- Es muß grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, daß der Typ sich auch innerhalb der "Szene" mit seinem Verhalten auseinandersetzt, sofern es Leute gibt, die sich eine Auseinandersetzung mit ihm vorstellen können. Diese Möglichkeit nicht offen zu lassen hieße verantwortungslos zu handeln, da der Typ sich dann in eine andere Stadt oder auch nur einen anderen Stadtteil verpissen kann und die Gefahr der

Wiederholung des Mißbrauchs groß ist. Auseinandersetzung mit dem Täter heißt, mit klaren Forderungen (z.B. Therapie) an ihn heranzutreten bzw sich auf ihn einzulassen und einen Rahmen für die Möglichkeiten des "Miteinander mit ihm" festzulegen. Wenn sich Einzelne aus der "Szene" in der Lage sehen sich in dieser Form mit ihm auseinanderzusetzen, heißt das nicht, daß er deswegen irgendwo wieder rein käme (außer eventuell Männergruppen).

- Für uns gibt es zur Zeit noch jede Menge offene Fragen. Die entscheidenste ist wohl, ob solche Fragen wie "Umgang mit Tätern" überhaupt von Männern und Frauen gemeinsam geklärt werden können.
Besonders bei einigen Männern, die an dieser Diskussion beteiligt sind gibt es an der Frage "Umgang mit Tätern" viele Unsicherheiten, z.T. weil die Diskussion zwischen Männern bisher auch gefehlt hat. Es tauchen die verschiedensten Fragen auf: Z.B. Was heißt das, die Auseinandersetzung mit Tätern führen für diejenigen die das tun oder Auseinandersetzung der Männer mit sich selbst als Tätern.
- Auch die Diskussion "Umgang mit Tätern" muß überall laufen!

UNSERE EIGENE VERANTWORTUNG

Ein Steckbrief läßt immer die Frage des direkten Umgangs mit der darauf genannten Person offen (aufs Maul hauen, ausgrenzen, ansprechen). Dabei muß jede/r bei sich selber gucken, daß sie/er verantwortlich damit umgeht. Ein Steckbrief schließt auch die Gefahr wild wuchernder Gerüchte mit ein ("Ich glaub ich hab ihn da und dort gesehen"). Wir fordern alle auf, auch in diesem Punkt verantwortungsbewußt zu sein: Wer sich unsicher ist, ob dies der Typ von dem Foto ist, sollte ihn oder die Umstehenden ansprechen und nicht hinter vorgehaltener Hand neue Gerüchte produzieren: Denn es geht nicht um den einen Täter, dessen Veröffentlichung Mittel zum Schutz ist. Es geht vielmehr darum, eine ernsthafte und konkrete Auseinandersetzung über sexuellen Mißbrauch zu führen, um ihn von vorneheirein (zumindest in unseren Strukturen) zu verhindern!

Hamburg, März 93

DieserTyp hat das 20 Monate alte Mädchen sexuell mißbraucht (siehe oben)!!!



GERHARD MEYERING
SUSANNENSTRASSE 30
2000 HAMBURG 36

Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- Es gibt keinen neutralen Standpunkt -

Wandeln wir unsere Trauer und unseren Schmerz in Wut und Widerstand!

"Die Tatsache, daß wir gar nicht anders können, als einem Geschlecht anzugehören, bestimmt grundlegend unsere Lebensbedingungen in dieser Gesellschaft und unsere Erfahrungen und Verarbeitungsformen von Gewalt. Geschlecht ist eine ganz zentrale gesellschaftliche Kategorie. Dies zu vernachlässigen, würde bedeuten, am Kern des Problems vorbeizugehen." (Barbara Kavemann, in: Parteiliche Prävention von sexueller Gewalt gegen Mädchen)

Seit einigen Wochen gibt es eine Diskussion über die Vorgehensweise im Falle der fortgesetzten sexuellen Gewalt - fälschlicherweise "Mißbrauch" genannt - gegen ein zweijähriges Mädchen.
Die nächsten Bezugspersonen des Mädchens nahmen dazu eine klare, entschlossene Haltung aufseiten des Mädchens und gegen den Täter, einen Freund von ihnen, ein: Sie nahmen die Signale, die das Mädchen über seine Folter sendete, ernst; sie denunzierten den Täter öffentlich und forderten ihren Umkreis auf, ihn von allen Kontakten auszuschließen und zu isolieren. Sie stellten die Tat in den Kontext von Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen und Mädchen im Patriarchat.
Bezeichnenderweise unterstützen die in der Folge erschienenen Flugblätter nicht das Mädchen und ihre Bezugspersonen, sondern sie zeigen ganz oder in wesentlichen Teilen eine patriarchale Herangehensweise. Die Tat wird aus dem Zusammenhang allgemeiner und umfasssender patriarchaler Unterdrückung von Frauen und Mädchen gerissen: da ist von Gewalt von "Eltern gegen Kinder" die Rede, in bewußter Ausblendung dessen, daß 99% der Täter Männer sind. Angesichts der Tatsache, daß jedes dritte Mädchen von fortgesetzter sexueller Ausbeutung betroffen ist, daß jede Minute in diesem Land eine Frau vergewaltigt wird, ganz zu schweigen von der umfassenden psychischen und seelischen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, zeugt es von eindeutiger Parteinahme für den Täter zu verlangen, an der "Beweisführung" beteiligt zu werden - ganz gemäß der patriarchalen Klassenjustiz, die ebenfalls in Vergewaltigungsprozessen von der Unschuld des Täters ausgeht.

Wir finden es falsch, zu diesem Thema eine gemischte Veranstaltung zu machen.
Sexuelle Ausbeutung ist aus parteilicher Sicht zu betrachten und zu bewerten.

"Denn sie wissen, was sie tun ..."

Sexuelle Ausbeutung ist nicht losgelöst vom Patriarchat und seinen Auswirkungen und der Unterdrückung von Frauen und Mädchen zu sehen.
Das Patriarchat ist gekennzeichnet durch:
- die Differenzierung nach Geschlecht, in der der Frau die untergeordnete Stellung zugewiesen wird,
- die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die den gesamten Reproduktionsbereich der Frau zuschreibt,
- die entsprechenden weltlichen und religiösen Ideologien und
- die Anwendung psychischer, körperlicher, seelischer, sexueller und struktureller Gewalt gegen Frauen und Mädchen, um die männliche Herrschaft abzusichern.

Auf der institutionellen Ebene wird besonders die Kontrolle über den Körper und die Gebärfähigkeit der Frau forciert, die seit den "Hexenverfolgungen" des europäischen Mittelalters als wichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung patriarchaler Herrschaft eingesetzt wird. Heute drückt sich das in der staatlichen Familienpolitik (z.B. Verschärfung des §218) aus.
Auf der alltäglichen Gewaltebene, z.B. Überfälle in der Öffentlichkeit, Vergewaltigung und Gewalt auf der Straße und im Schutz der "Privatsphäre", erfüllt der "einzelne" Mann seine Funktion für das Patriarchat.
Das Patriarchat versucht seit Jahrhunderten mit Gewalt die Erinnerung der Frauen an ihre Geschichte auszulöschen, ihre Emotionalität und Kreativität zu zerstören und das Selbst-Bewußtsein und das Selbst-Vertrauen von uns Frauen zu brechen.

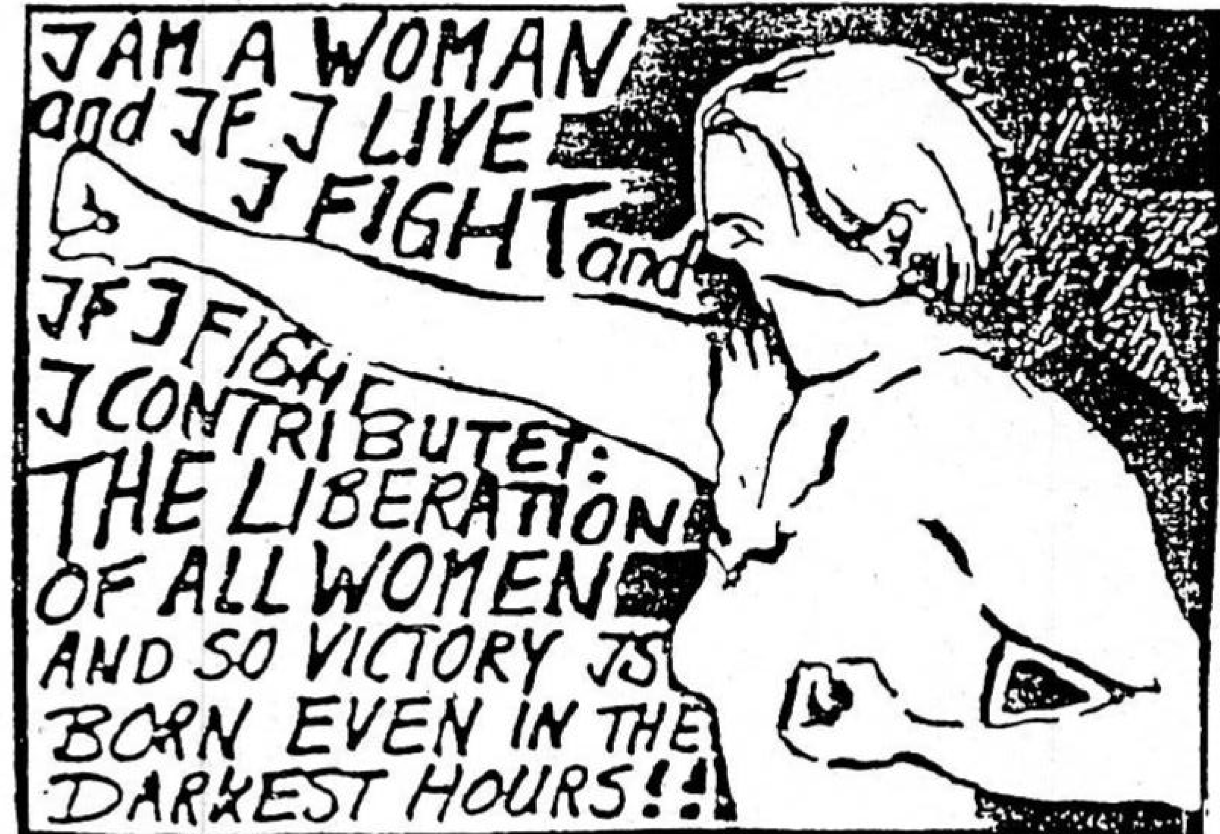
Seit 1 1/2 Jahren wird von staatlicher Seite verstärkt die Diskussion um "Mißbrauch" an Jungen, und Frauen als Täterinnen oder als schweigende Mitwisserin (ergo: Komplizin), in die Öffentlichkeit gebracht. Gelder für feministische Projekte und Beratungsstellen werden gestrichen. Die Kampagne hat zum Ziel, der öffentlichen Denunziation des patriarchalen Systems, in dem sexuelle und sexistische Ausbeutung und Gewalt grundlegend sind, den Boden zu entziehen. Diese ideologische staatliche Offensive ist die Reaktion auf die Gefahr, daß Frauen ihre Verletzungen, ihre Scham und ihr Leiden massenhaft in Wut und entschlossenen Widerstand umsetzen könnten.

Über das Prinzip der Parteilichkeit

"Parteilichkeit schließt darüberhinaus die Suche nach einem vermittelnden, neutralen Standpunkt aus, da es einen solchen in Umgang und Bewertung eines Gewaltverhältnisses niemals geben kann." (Aus Anderer Sicht, Wildwasser Marburg e.V.)
Die einzig angemessene und unterstützende Reaktion auf (sexuelle) Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist die bedingungslose Parteinahme für die betroffene Frau/Mädchen, das vorbehaltlose Vertrauen in ihre Erfahrungen, und ihr jede Hilfe und Unterstützung zu geben, um ihre Gegewehr und Ablehnung zu bestärken.
Für feministische Beratungsstellen heißt dieses Prinzip, daß ausschließlich Frauen für und mit Frauen und Mädchen arbeiten.

In der Szene ist alles anders

In der "Szene" ist kein grundlegend anderer Umgang mit Vergewaltigung/sexueller Gewalt gegen Frauen/Mädchen als in der übrigen Gesellschaft bemerkbar.
Sie übernimmt die Kategorien von Menschen und Kindern und verschleiert somit die patriarchalen Machtverhältnisse. Daß "Kinder noch wehrloser als Frauen sind" (Flugblatt "Sexueller Mißbrauch", März 93) zementiert diese Verhältnisse, versucht Frauen und Mädchen zum Objekt zu machen und verschweigt die Tatsache, daß Frauen auf allen Ebenen mit ihren Mitteln und Strategien Widerstand leisten und um ihre Existenz kämpfen und kämpfen müssen.
In keinem weiteren Flugblatt ist die Rede davon, daß der Täter eine Verleumdungsklage gegen die Mutter und andere angestrengt hat und sie somit auf juristischer Ebene angreift. Forderungen werden laut, der Vorwurf der sexuellen Ausbeutung müsse nachvollziehbar gemacht werden. Wenn es nicht, wie eingeräumt, um voyeuristische Absichten und Einzelheiten geht, worum geht es dann ?
Die Forderung nach Nachvollziehbarkeit kann nur heißen, Einzelheiten und Empfindungen der sexuellen Gewalt zu schildern. Dies entspricht der polizeilichen und juristischen Beweisführung und zwingt die Frau/das Mädchen die sexuelle Ausbeutung unter den Augen potentieller Täter wiederholt zu durchleben, ihre Scham, ihren Schmerz und ihre Gefühle einer fremdbestimmten Öffentlichkeit preiszugeben.
Welche Frau behauptet in einem solchen politisch-gesellschaftlichen Klima mal eben "Ich bin vergewaltigt worden"? Welches Mädchen sagt mal eben, es sei "mißbraucht worden"?
Das politische Klima ist schon längst so, daß viele Frauen Vergewaltigungen nicht mehr offen machen. Die wenigen mutigen Veröffentlichungen von Frauen über ihre Vergewaltigung lassen eine bittere Ahnung der Dunkelziffer aufkommen. Die Diskussion, die jetzt geführt wird, verschärft dieses Klima.
Eine "Szene", die davon ausgeht, sich anders zu verhalten, andere Kriterien anzulegen als der Rest der Gesellschaft, sich aber mit feministischen Positionen kaum mehr auseinandersetzt, kann noch so edle Motive haben, sie steht, solange sie nicht antipatriarchale feministische Positionen zum Ausgangspunkt ihrer Diskussion nimmt, aufseiten des Patriarchats.



Aus alledem ergibt sich zwingend, daß die Beendigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen nicht durch eine Bekämpfung der Symptome zu erreichen ist, sondern es muß vielmehr darum gehen, die grundlegenden patriarchalen Gesellschaftsverhältnisse, die den Mann in die Lage versetzen, Gewalt auszuüben, zu zerstören.

Mehrere Frauengruppen aus Hamburg, April 1993

«Komm, ich zeig Dir was Schönes!»: Sexueller Mißbrauch an Jungen

Eltern warnen ihre Kinder vor dem Mann mit der Bonbontüte, der am Spielplatz auf sein Opfer lauert: «Sprich nicht mit fremden Männern, nimm nichts von ihnen an, geh nicht mit ihnen weg...» Kaum jemand käme auf die Idee, seine Kinder zur Vorsicht im Umgang mit dem eigenen Vater, dem Onkel oder dem netten Nachbarn zu mahnen. Zwar ist vielen Eltern inzwischen bekannt, daß es weniger der böse, fremde Onkel ist, der Kinder sexuell mißbraucht, sondern eher der nahestehende, vertraute Angehörige oder ein anderer Erziehungsgewaltiger. Doch kaum jemand kann sich vorstellen, daß so etwas im eigenen Kreis geschieht.

Bis Ende der 80er Jahre dachte man beim Thema sexueller Mißbrauch automatisch an Mädchen, deren Väter ihnen heimlich nachstellen, an nahe Verwandte und Freunde, denen ihr Zutritt zur Familie den Zugriff auf die Mädchen ermöglicht.

Selbsthilfeprojekte und feministische Fachfrauen hatten seit Jahren auf die sexuelle Gewalt gegen Mädchen in den Familien aufmerksam gemacht und sich Gehör verschafft. Jungen, so wurde lange Zeit angenommen, waren nur in Ausnahmefällen von solchen sexuellen Übergriffen betroffen. Für sie schien höchstens der berüchtigte Pädophile mit der Bonbontüte gefährlich zu sein. Diese Vorstellung war falsch.

Wie so häufig hat in der Bundesrepublik eine US-amerikanische Entwicklung zeitversetzt stattgefunden: Vornehmlich Frauen, die sich um sexuell mißbrauchte Mädchen kümmerten, entdeckten immer häufiger, daß auch der Bruder des Mädchens betroffen war. Insbesondere kleine Jungen wurden als Opfer sexueller Gewalt lange Zeit übersehen. Als man in der Folge in Sozialeinrichtungen und Schulen das Thema direkt und behutsam ansprach und den Jungen Hilfe anbot, stieg ihr Anteil an den sexuell mißbrauchten Kindern sprunghaft auf bis 50 Prozent an (vgl. Eugene Porter, 1986). Nele Glöer/Irmgard Schmiedeskamp-Böhler (1990) und vor allem Dirk Bange (1989, 1990, 1991) haben in der Bundesrepublik den Anfang gemacht und die Wahrnehmung auf die Jungen geschärft. Seitdem steigt die Zahl der aufgedeckten Mißbrauchsfälle an Jungen.

Absolut verläßliche Zahlen über das Ausmaß an sexueller Gewalt gegen Mädchen und Jungen gibt es allerdings bis heute nicht. Die Schätzungen belaufen sich auf 60000 (Michael C. Baurmann, 1990) bis 300000 (Barbara Kavemann und Ingrid Lohstöter, 1985) sexuell mißbrauchte Kinder jährlich – je nachdem, was als «sexueller Mißbrauch» definiert wird. Nach den langjährigen Erfahrungen der Kontakt- und Informationsstelle für sexuell mißbrauchte Mädchen und Jungen «Zartbitter e. V.» in Köln (vgl. Ursula Enders, 1990) werden Jungen im Gegensatz zu Mädchen häufiger außerhalb des engsten Familienkreises mißbraucht. Die Täter sind überwiegend heterosexuell lebende Männer. Keineswegs Fremde, sondern Erwachsene, denen die Jungen Vertrauen schenken: Freunde der Eltern, Lehrer, Jugendgruppenleiter, wichtige Bezugspersonen, die das vitale Bedürfnis der Kinder nach Zuwendung und Nähe ausnutzen. Bei Kindern unter sechs Jahren, heißt es in Fachkreisen, sollen Mädchen und Jungen fast gleich häufig betroffen sein, während Mädchen von der Einschulung bis zum Jugendalter nach wie vor als erheblich gefährdeter gelten. Allerdings werden in der Regel bei solchen Überlegungen die Opfer in Bereichen wie Jugendpornographie und Jugendprostitution nicht berücksichtigt. Zudem liegen im Hinblick auf sexuellem Mißbrauch weite Felder der klassischen Jungenpädagogik (Heime, Internate, bündische Gruppen usw.) noch im dunkeln ● ● ●

● ● ●

Auch für Jungen wird der sexuelle Mißbrauch bald zum «bestgehüteten Geheimnis» ihres Lebens. Und wie die Mädchen haben sie dafür viele Gründe, wie überhaupt die Leiden von Jungen und Mädchen unter einem sexuellen Mißbrauch mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweisen. Sexuell mißbrauchte Kinder müssen mit dem Schock fertig werden, daß ein Mensch ihnen Leid angetan hat, der ihnen viel bedeutet oder den sie lieben. Aus Angst, seine Zuneigung zu verlieren, aus dem Schuldgefühl, den Täter zu einer verbotenen Handlung verführt zu haben, und aus Hilflosigkeit schweigen sie ● ● ●

Ein Junge, der sich hilfesuchend an Erwachsene wendet, muß nicht nur Angst davor haben, daß ihn die Eltern zukünftig an die kurze Leine nehmen und aus seinem Freundeskreis herausbrechen – ein von betroffenen Jungen häufig genannter Grund, weshalb sie lange nichts erzählt haben. Ein Junge muß auch befürchten, daß die Eltern an seiner Männlichkeit zweifeln. Was ein «anständiger Junge» ist, der wehrt sich, der läßt nicht so einfach etwas mit sich geschehen, der unterliegt nicht, denn er behält stets die Oberhand. Und schon gar nicht läßt er sich «anfassen». Er ist doch nicht schwul! ● ● ●

Viele Jungen versuchen durch erhöhte Aggressivität, das Mißbrauchserlebnis zu verarbeiten und damit den Defekt an der Geschlechtsidentität zu «reparieren». Ihre Gewalt richten sie entweder gegen andere, noch schwächere Jungen, um auch einmal der Überlegene zu sein, oder – häufig auch sexuell gefärbt – gegen Mädchen, damit jeder sieht, daß sie nicht schwul sind. Schwäche gilt als das, was den sexuellen Mißbrauch an ihnen erst ermöglicht hat.

Manche Jungen werden als Jugendliche und Erwachsene selbst zu Tätern, die Kinder oft in der gleichen Weise mißbrauchen, wie sie es selbst erlebt haben: dieselben sexuellen Handlungen, ähnliche Orte, der gleiche Altersunterschied. Selbst im therapeutischen Gespräch fällt es den Tätern oft sehr schwer, den am eigenen Leib erfahrenen Mißbrauch einzugestehen. Häufig können sie sich in keiner Weise in ihre Opfer einfühlen (vgl. Nele Glöer 1989, S. 15). ● ● ●

Wir haben viele Günde zusammengetragen, weshalb sich lange Zeit kaum jemand vorstellen konnte, daß auch Jungen sexuell mißbraucht werden. Es war (und ist) ein besonders krasser Ausdruck dafür, Jungen nicht auch als *Opfer* sehen zu wollen oder zu können. Der sexuelle Mißbrauch ist nur schwer mit dem Klischee des stets wehrhaften männlichen Geschlechts in Einklang zu bringen. ● ● ●

Aus: Schnack/ Neutzling: Kleine Helden in Not (rororo 1990)

ich bin doch anders als die anderen männer!

da lese ich heute die interim (nr.240) und erneut bin ich fassungslos und wütend über einen artikel von frauen/lesben zu den vorgängen auf den libertären tagen in frankfurt. dieser artikel ist nur einer aus den vielen anderen der letzten monate und jahre, die über männliches mackergehabe, sexuelle anmache und brutalste unterwerfung(u.a.vergewaltigung) von frauen/lesben berichten.

und nichts /fast nichts passiert in der ach so fortschrittlichen autonomen/anarchistischen oder der wie auch immer linksradikalen männerwelt.

erneut wird es vielleicht kluge papiere geben, manchmal sogar mit ein bißchen gefühl und selbstkritik (worauf es natürlich keine reaktionen gibt) oder halt -wie so oft- stillschweigende betroffenheit und warten ist angesagt,daß die "wunden" heilen mögen. verdammt, da muß doch endlich auch in das letzte männerhirn, daß all'unser tun bei weitem nicht ausreicht, um wirklich an eine gemischtgeschlechtliche revolutionäre perspektive zu denken!

ich kann einfach nicht vestehen, daß nicht mehr männer den wunsch, die sehnsucht oder das starke bedürfnis nach veränderung dieses zunehmend unerträglich patriarchal/sexistischen verhaltens haben.

ob es nun die brutalste unterwerfung von frauen/lesben ist, ob es unser eigenes macker- und konkurrenzverhalten oder die szene-interne schwulenangst ist (die wegen des anspruchs her natürlich nicht existiert) oder sei es unsere unfähigkeit , in beziehungen probleme der gefühlswelt zu erkennen und zu thematisieren . diese art des verhaltens schafft eine mauer , hinter der wir unsere ängste, wut, trauer und freude verstecken (wollen?)..

es sollte doch genügend gründe geben, endlich zu kapieren, daß jeder mann bei sich selbst anfangen muß, um perpektivisch diese form von männlicher herrschaft zu beseitigen. das klingt vielleicht banal, trifft aber schlicht und präzise die wirklichkeit. wir bleiben an alten verhaltensweisen kleben, wenn wir uns nicht darüber klar werden, was hinter zb. unserer coolheit steckt, welche bedürfnisse wir mit einem solchen verhalten befriedigt bekommen wollen, also wir reproduzieren immerfort ganz alte verhaltensmuster, weil wir uns nicht unserer eigenen geschichte (insbesondere unseren gefühlserfahrungen) "stellen".

nicht (nur) 3 stundenlang hinsetzen und einen wichtigen artikel schreiben, 15 stunden darüber diskutieren und dann die neuesten erkenntnisse klug an interessierte (vor allem) frauen weitergeben, sondern zu fragen, was geht bei mir tatsächlich ab, also die verbindung von kopf zum bauch zu bringen, den zusammenhang von gefühlen und den daraus getroffenen entscheidungen zu erkennen.

zb diese aussage," es geht mir schlecht" mal aufden punkt zu bringen. denn was heißt das überhaupt? bin ich dann traurig, wütend, ängstlich oder was? und warum ist zb traurigsein schlecht? und was mache ich dann damit? oder was macht das gefühl mit mir? was weiß ich überhaupt darüber, inwieweit diese gefühle mein handeln bestimmen?

nach 4000-5000 jahren patriarchat ist doch wohl nicht zu leugnen, daß wir sehr tiefe und starre verhaltensmuster durch noch so kluge papiere nicht werden aufheben können.

der alltäglich sexistische alltag in funk, fernsehen, zeitung,etc.. unsere 15-20 jahre mit unseren eltern oder sonstigen erwachsenen gehen doch nicht spurlos an uns vorbei!
das zieht doch immer wieder und trifft auf alte verhaltensmuster von uns, löst gefühle aus, die wir vielleicht gar nicht mehr wahrnehmen (können), die wir ignorieren, weil wir ihnen keine bedeutung mehr schenken, die wir verdrängen, weil wir sie von unserem anspruch nicht haben (dürfen) . und dann mann, glaubst du die sind weg?? sie sind weiterhin da und werden immer besitzergreifender.

ach gott, jetzt komme ich auch noch mit psychoschiene!! alles schon gehabt. dann laß es sein mann! schenk dir den rest des artikels. aber vielleicht gibt es ja auch noch andere männer, die nach möglichkeiten suchen, sich von ihrer eigenen entfremdung zu befreien (ja,tatsächlich gibt es so was auch, nicht nur kapital/arbeit) und in ihrem Verhältnis zu frauen/lesben und zum schwulsein weiterentwickeln wollen.

ja, und das ist weiterhin meine große hoffnung: die sehnsucht der männer nach freier entscheidung. die geht aber nur über ein erkennen/wahrnehmen von eigenen verhaltensmustern, über die bereitschaft praktisch mit anderen männern zusammen sich auf den weg zu machen, um sich aus der männerkumpanei zu befreien und tatsächlich freunde werden zu können.

solidarität statt gockelgehabe. zärtlichkeit statt coolness. gegenseitiges verwöhnen statt gemeinsames dichtmachen. unterstützung statt konkurrenz.
natürlich brauchen wir feministische lektüre, aber wir helfen uns am wenigsten, wenn wir sie weiterhin auswendig lernen , wenn wir alles , was frauen sagen, immer "gut" verstehen, aber damit nur unser verhalten kodifizieren, d.h wir verändern die normen, aber nicht die werte. das mag beim täglichen abwasch noch keine rolle spielen, doch wie sieht es zb mit unserer sexualität oder unserem verhältnis zu gewalt aus ? spätestens in krisen wird sehr schnell sichtbar, daß ein neuer verhaltenskodex nicht ausreicht, um andere wünschenswertere (zb antisexistisch) verhalten zu leben.

auch wenn wir meinen, wir sind ja ganz anders als die anderen pappnasen, meine beziehung ist o.k. und meine freundin ist mit mir "im großen und ganzen" auch zufrieden, dann ändert das nichts an der gegenwärtigen sexistischen praxis. zur befreiung der frau gehört auch die veränderung der männer. wir tragen mitverantwortung für die alltäglichen schweinereien und sind auch daran beteiligt, denn wer kennt z.b. nicht den blick auf "frauenkörper" oder die unfähigkeit einzuschreiten, wenn andere männer oder "kumpanen" (genossen) frauen belästigen oder sexistisch daherreden oder oder oder.

damit könnt ihr doch nicht dauerhaft zufrieden sein ???
deshalb möchte ich an alle diejenigen, die noch nicht aufgegeben haben, den konkreten vorschlag einbringen, ob das konzept von mrt (männer-radikale-therapie) nicht bewegung /veränderung in eurer entwicklung zu einem anderen mann sein könnte.

nach diesem konzept arbeiten in berlin schon seit 1987 männergruppen. kaum einer, der sich aus unserem spektrum bisher darin wiedergefunden hat. in hamburg gibts bereits zwei gruppen und glücklicherweise z.t. mit szenemännern. in anderen städten von großdeutschland gibt es sowas auch.

mrt ist kein allheilmittel, kein weg zu einem neuen mann, lediglich eine möglichkeit, um neue schritte zu machen zur veränderung unseres mannseins. ich meine befreiende schritte, die

mrt ist ein selbsthilfekonzept (vergleichbar vom ansatz her mit den aa) keine organisation, keine knete , die von irgendjemanden abgezockt wird, kein konsumteil, es lebt von den männern, die es machen. der individuelle weg im prozeß der gruppe. singen, spielen, weinen, lachen, verwöhnen lassen, grollen, trauern, ehrlichkeit, mut, wütend sein, viel über sich selbst erfahren, sich den anderen so zeigen können, wie mann wirklich auch ist. das alles in einem geschützten raum , in dem nicht beurteilt und bewertet wird, sondern sich zeigen können, wie wir sind und möglicherweise ursachen dafür erkennen und tatsächlich werte verändern können. auch zu themen wie sexismus, rassismus arbeiten können, nicht nur vom kopf, sondern von unserer gefühlswelt her,d.h. was ist wirklich an gefühlen da.

mrt bleibt treu in unserer tradition, denn es wurde zunächst von niederländischen feministinnen für frauengruppen entwickelt ("fort" frauen organisieren radikale therapie). die männer haben dann später verstanden, daß mit den entsprechenden änderungen - u.a. aufgrund der geschlechtsspezifischen sozialisation - dieser ansatz auch sie weiterbringen kann.

auseinandersetzung mit sich selbst und politische aktion schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. die frage ist nur, wie können wir vielleicht weiterkommen. mrt bietet dafür einen handlungsansatz. folglich kann ein informieren und bedingtes einlassen darauf kein fehler sein, denn wenn mrt nichs taugt, könnt ihr es jederzeit verändern, weiterentwickeln und gar über bord schmeißen.

daher männer, seid mutig und laßt euren gefühlspanzer dünner werden. es "lohnt" sich wirklich. und schlimmer als jetzt kann es doch kaum noch werden.

für einen weg zur geschlechterfreundschaft statt den zustand des geschlechtkämpfes.

mit einem lieben gruß an alle männerbewegten schwulen/heteros und bi's

kommando zur bekämpfung von Gustav Gans

ps.auch mein artikel klingt vielleicht nicht sehr solidarisch, er ist es aber!

pps. wer interesse an mrt hat, sollte in einschlägigen männercafes/ büros hartnäckig nachfragen, die werden euch sicherlich weiterhelfen.

ppps.um großen mißverständnissen vorzubeugen, ich finde die inhaltliche arbeit an patriarchat/sexismus enorm wichtig, allerdings haben wir mit der theorie (wie z.b. mit dem 3:1 text) weniger unsere schwierigkeiten.

NOTIZEN VOM KONKRET-KONGRESS - EIN ABGESANG AUF DIE METROPOLENLINKE

wir wollen unsere kritik am kongreß, der hamburger monatszeitschrift `konkret`breit verteilen, weil wir bemerkt haben, daß unter den teilnehmerInnen das gesamte spektrum der sog. linken vertreten waren, einschließlich genossInnen aus autonomen und antiimperialistischen zusammenhängen. zunächst einmal gab es auf dem kongreß natürlich auch einige diskussionen, die anregungen für die politische arbeit boten; z.b. die debatte über den antisemitismus, die dort ohne die zu befürchtenden rundumschläge a la pohrt geführt wurde, war sehr vorwärtsweisend. allerdings war das eher die ausnahme.
die regel war, daß sich eine abgehalferte,überwiegend männliche, weisse metropolenlinke aufführte, als hätte es die debatten über patriarchat, rassismus nicht gegeben.
so konnte der ex-mg, jetzt `gegenstandpunkt`vertreter eine zwischenruferin mit dem spruch "was willst du, mädel?" anfahren um dann noch die bemerkung hinzuzusetzen "es gibt wichtigeres als den feminismus". das der dann weiterreden konnte ohne vom podium geholt zu werden, ist ein rückschritt für die revolutionäre linke.
schon im vorfeld des kongreßes haben die veranstalter, die konkret-redaktion und der herausgeber gremliza dafür gesorgt, daß antipatriarchale diskussionen nicht die linken kongreßmänner beunruhigt. die berechtigte kritik an teilen der staatsnahen frauenbewegung wurde von ihnen in die parole "frauenbewegung - die etwas andere bdm" gekleidet. kritik von verschiedenen aktivistinnen der frauenbewegung wurde abgebügelt und lapidar mit der bemerkung abgetan, daß konkret kein feministisches magazin sei. der vorschlag von frauen, ein forum auf dem kongreß zu veranstalten, an dem auch vertreterinnen von positionen teilnehmen sollten, die nicht in dem männermagazin konkret publzieren, wurde abgelehnt.
auch die kritik und die vorstellungen von hiesigen migrantInnengruppen wurde von vornherein ausgeschlossen. auf keinem podium saß auch nur ein/e vertreterIn mit nicht deutsch/östereischischen paß. so fand das forum "opposition in deutschland" nur unter deutschen statt. jene, die ihre metropolenprivilegien niemals freiwillig aufgeben würden, sprachen davon, daß menschenrechte eh antisemitisch und rassistisch seien und es deshalb keinen grund gebe, gleiche rechte für alle menschen zu fordern. die menschen, die nicht einmal formal diese rechte haben, konnten sich nicht dazu äußern, weil sie nicht eingeladen worden waren.
ebenfalls nicht eingeladen waren aktive linke, die versuchen theorie und praxis zu verbinden wie z.b. die antifa/m aus göttingen, menschen aus dem antiimperialistischen spektrum, wo doch die konkret so sehr darauf bedacht ist, erklärungen der gefangenen oder der raf als erste zu veröffentlichen.
kurz vor kongreßbeginn wurde bekannt, daß konkret-herausgeber gremliza im stammheimjahr 1977 ebenfalls zur liquidierung der raf aufgerufen hatte.
in der maiausgabe 1977 der konkret rief gremliza dazu auf, "den damen und herren terroristen auch dann das handwerk zu legen, wenn er verstehen kann, warum sie es geworden sind. dazu gehört: jeden waffenfund anzuzeigen, jeden paßdiebstahl zu melden, jeden unterschlupf zu verweigern, den letzten rest einer solidarität, die diese bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen....."
der raf-gefangene lutz taufer, der in der osternummer der taz diesen anschluß gremlizas an die denunzierende volksgemeinschaft wieder ins gedächtnis rief, erhielt von gremliza eine gegendarstellung, in der dieser rundweg abstritt jemals so etwas geschrieben zu haben. weiterhin schrieb er den bezeichnenden satz:" von meinen eigenen ansichten über den staat und über die raf, die sich seit jener zeit weit weniger dramatisch geändert haben als die ansichten der raf über sich und den staat, war...nicht die rede" (taz. 13.4.93)
nur hatte gremliza vergessen, daß er in seiner grenzenlosen eitelkeit seine kommentare immer auch in buchform herausgibt. im 1983 erschienenen buch "betrug- dankend erhalten" finden wir nun auf seite 48 die obenzitier-

te denunziation der kämpfenden genossInnen zu der er sich ja in seiner gegendarstellung indirekt noch heute bekennt (meinung nicht dramatisch geändert).
auf dem kongreß spielte der fakt, daß der herausgeber einer sich als linksradikal verstehenden zeitschrift so offen als hilfssheriff auftrat und dann noch log eine zu geringe rolle. allerdings versuchten einige kongreßmitarbeiterInnen teilweise handgreiflich zu verhindern, daß diese seite von gremliza auf dem treffen bekannt wurde (versuch der verhinderung ein plakat mit den entsprechenden informationen anzubringen, diffamierung von kritik als handlung von betrunkenen etc.).
ein großteil auch des linksradikalen publikums verweilte in der konsumentInnenrolle, ließ alles über sich ergehen, beschimpfte teilweise noch genossInnen, die sich nicht in diese rolle schicken wollten, etc.
die monotonie braver oberschülerInnen wurde erst am samstagabend aufgebrochen als zur abwechslung ein links trapierter neorassist seine meinung zum besten geben wollte. als hätte er die konkret mit der jungen freiheit verwechselt sprach christoph türcke von der entstehung von rassen, die durch klimatische einflüsse entstehen und die dann auch auswirkungen auf die beschaffenheit des menschlichen charakters haben. als er noch ~~daran ging~~ den rassistischen und antisemitischen philosophen gobineau rehabilitieren wollte, wurde es leider viel zu wenigen doch zu viel. ingrid strobl rief alle auf, die sich diesen rassismus nicht anhören wollten, den saal zu verlassen. es waren höchstens 20 menschen, die dem aufruf folgten. allerdings versuchten andere durch gezielte zwischenfragen den rassistischen fluß zu stoppen. ein großteil des publikums allerdings verhielt sich wie das fußvolk irgendeiner bürgerlichen partei gegenüber protestierenden. zwischenruferInnen wurden beschimpft, teilweise auch bedroht. viele wollten sich nicht um den genuß bringen lassen, andächtig einem rassisten zu lauschen, ein echter tabubruch eben.
fazit für uns war, daß ein kongreß, der wirklich menschen zusammenführen will, die etwas tun wollen, gegen den imperialistischen, rassistischen, patriarchalen normalzustand noch gemacht werden muß.
der muß organisiert werden mit migrantInnen, feministinnen, menschen aus dem antiimperialistischen widerstand, internationalistInnen, aktivistInnen von der basis. polit-psycho-sekten wie ex-mg (jahrelang vom verfassungsschutz gesponsert) initiative sozialistisches forum (freiburger psycho-politsekte mit viel geld) etc. sollen hinter ihren schreibtischen sitzen bleiben. es ist eine zumutung, wenn sich aktive linke in einer zeit der pogrome deren seminararbeiten anhören müssen. diese ewigen oberschüler (jochen bruhns isf) sind mit ihren unverständlichen seminartraktaten nur noch lächerlich. als sie sich politisch erklären mußten, brachen diese auch prompt eine lanze für den neorassisten türcke. dabei wollte doch die isf im golfkrieg die speerspitze gegen linken antisemitismus sein als sie radio dreyeckland besetzte und so antikriegsarbeit blockierte. nun sitzen sie also mit dem gobineau-rehabilitierer in einem boot.
die referenten aus dem autonomen spektrum hinterliessen einen zwiespältigen eindruck. während ein vertreter der autonomen lupusgruppe einen erfrischend unkonventionellen, den kongreß in frage stellenden beitrag hielt, versuchte der langjährigen frankfurter studentInnenfunktionär andreas fanizadeh den zynismus und die arroganz der konkret-redaktion zu imitieren. über fanizadeh schrieben einige seiner ex-genossInnen aus der "linken liste" frankfurt in der unizeitung vom januar 1993: "diese`radikalität` von a.f. (andreas fanizadeh).. wird totz des ritualhaften beharrens auf "selbstthematisierung statt großer politik" nicht ein einziges mal hinterfragt. auch von einigen ehemaligen linke-liste-mitgliedern, die sehr genau wissen, daß a.f. keineswegs ein anhänger der zusammenarbeit mit frankfurter oder

bundesweiten autonomengruppen war, als wir diese nach den startbahnschüssen oder als linke fraktion in der radikalen linken für sinnvoll hielten, genau wie er ein solidarisches engagement zu beginn des hungerstreiks der raf-gefangenen 1988 ablehnte, ist heute nichts mehr zu hören" (aus zeitung der internationalen liste, undogmatische linke, universität frankfurt/main, januar 1993, ohne seitenangaben).

das zitat ist nur deshalb wichtig, weil a.f. von der konkret-redaktion hofiert, als autonomer autor dieser zeitschrift auftritt, ohne zu den geschilderten schweinereien stellung zu nehmen.

wenn schon genossInnen aus dem autonomen/antiimperialistischen spektrum meinen durch ihre mitarbeit diesen konkreten männerkongreß aufwerten zu müssen, sollten sie deutlich anitpatriarchale, antiimperialistische und antikapitalistische positionen vertreten und das nicht nur jutta dithfurth und den ökolinken überlassen.

ansonsten hoffen wir, daß andere genossInnen, die den kongreß besuchten ebenfalls meinen:

ETWAS BESSERES ALS `KONKRET `FINDEN WIR ALLEMAL!

DAS MUSS DER LETZTE KONGREß DER ALTEN WEISSEN MÄNNER MIT UNSERER BETEILIGUNG GEWESEN SEIN!!!

ES GIBT RASSISMUS, SEXISMUS, METROPOLENDENKEN AUCH UNTER LINKEN ANZUGREIFEN!!!

EINIGE TEILNEHMERInnen



PRESSEERKLÄRUNG

Wir haben in zahlreichen Berliner Postämtern das beiliegende Faltblatt verteilt, um zum BOYKOTT EINER BRIEFMARKE aufzurufen, die Deutsche Bundespost POSTDIENST in diesem Monat zu Ehren des 125jährigen Gründungsjubiläums des Coburger Convents herausgegeben hat.

Wir meinen: ZUVIEL DER EHRE!

Der CC erweist sich durch sein Auftreten als elitär, rassistisch, frauenfeindlich, antisemitsch, nationalistisch, militaristisch und antidemokratisch.

Obwohl die Studentenverbindungen durch das mit dem Status ihrer "Alten Herren" verbundenen Patronagesystem einen Einfluß besitzen, der weit über die Zahl ihrer aktiven Mitglieder hinausgeht, liegt der Skandal nicht alleine in der Existenz solcher Gruppen. Schlimmer ist, daß parallel zur Verschärfung des fremdenfeindlich-rassistischen Klimas in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung nicht nur die politischen Parteien den Boden für neonazistische und rassistische Propaganda bereiten, sondern auch staatliche Institutionen auf sublime Weise die sogenannte "Normalisierung" der deutschen Politik vorantreiben. Dies tut zum Beispiel die Deutsche Bundespost POSTDIENST mit der Ausgabe dieser Briefmarke.

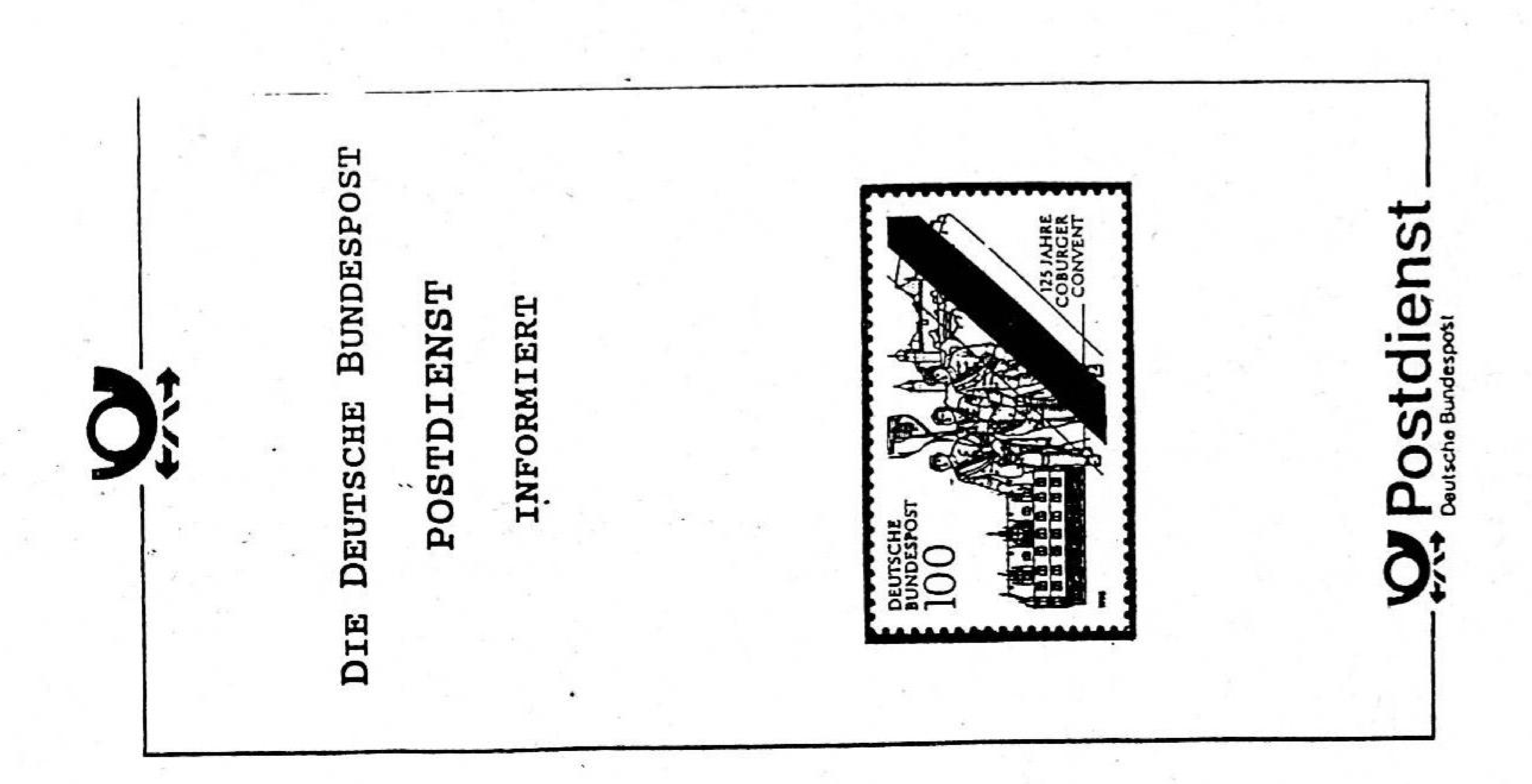
Hinter dieser sogenannten "Normalisierung" verbirgt sich in Wirklichkeit das alte Streben nach militärischer Überlegenheit, Staatsraison und "völkischer Reinheit": Auslandseinsätze der Bundeswehr, ständiger Sitz im UNO-Sicherheitsrat, Verweigerung der Institutionalisierung aktiver BürgerInnenpatizipation am politischen Entscheidungsprozeß und Beharren auf dem deutschen blutsverwandschaftlich definierten StaatsbürgerInnenrecht sind nur einige der hier zu nennenden Stichworte. Genau hier zeigen sich die Werte, die auch der Coburger Convent vertritt. Mit der millionenfachen Verbreitung der Briefmarke transportiert die Bundespost diese Vorstellungen weiter in den Alltag der hier lebenden Menschen. Die Deutsche Bundespost POSTDIENST trägt auf diese Weise das ihre zur weiteren Verschärfung der Bedrohung aller in der Bundesrepublik lebenden Ausländerinnen und Ausländer bei.

DAS GEHT UNS ALLE AN!

Wir fordern die Medien dieser Stadt auf, die Kampagne zum Stopp der Briefmarke als Schritt gegen den sich ausbreitenden Rassismus öffentlich zu machen und weiterzutragen!

KAMPF DEM RASSISMUS ÜBERALL!

1 Berliner Antirassismus-Gruppe
10. Juni 1993



125 JAHRE GROSSDEUTSCHE PHANTASIEN

Mit einer Briefmarkenausgabe am 5. Mai 1993 hat die *Deutsche Bundespost POSTDIENST* das 125jährige Bestehen des *Coburger Convents* geehrt.

Was das ist? - Der *Coburger Convent* ist ein bundesweiter Zusammenschluß von Studentenverbindungen. Dies sind Vereinigungen von Studenten, die Frauen, Behinderte, AusländerInnen und Kriegsdienstverweigerer nicht als Mitglieder akzeptieren. Sie sind streng hierarchisch organisiert und verstehen sich als "*Lebensbünde*": Die Mitgliedschaft endet nicht mit Ablauf des Studiums. Stattdessen bilden die "*Alten Herren*" einen Klüngel, der durch Posten-Zuschusterei die Durchsetzung wichtiger Positionen in Politik, Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft und Militär mit Gleichgesinnten vorantreibt.

Dabei versteht sich der *Coburger Convent* als Zusammenschluß "*landsmannschaftlicher*" Verbindungen. Er bezieht sich damit unter anderem auf großdeutsche Traditionen und fördert nationalistisches Denken. Das Singen des Deutschlandliedes mit allen drei Strophen ("*Deutschland, Deutschland über alles ...*") gehört zu seinen Ritualen. Das militaristische Erbe wird durch die Forderung nach Härte und Beherrschung der Waffe fortgeführt: Die dem *Coburger Convent* angeschlossenen Verbindungen sind "*schlagend*", das heißt, es gehört zur "*männlich-heldenhaften*" Selbstverpflichtung der Verbindungs-Studenten, einander in einem Fechtduell mit scharfer Waffe, der sogenannten "*Pflichtmensur*", den "*Schmiss*" beizubringen.

Die hohe Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot führt der *Coburger Convent* auf die "*Verweichlichung der Gesellschaft*" zurück. Die Verbindungen bieten ihren Mitgliedern einerseits günstigen Wohnraum im Verbindungshaus, fordern andererseits aber die Abschaffung des BAFöG (ein staatliches Darlehen für StudentInnen), um ein vermeintliches "Leistungsprinzip" zu fördern, das letzten Endes doch nur zur Folge hat, daß nur noch diejenigen studieren können, deren Eltern die finanziellen Mittel dazu haben. Dennoch ist es kein Zufall, daß gerade heute das Versprechen billigen Wohnraums und sicherer Führungspositionen ein kräftiges Ansteigen seiner Mitgliederzahlen zur Folge hat.

BRIEFMARKEN-INFORMATIONS-SERVICE

Die Ausgabe der Briefmarke ist unser Beitrag zum gesellschaftlichen Klima. Die in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen müssen Angst vor dem rassistischen Mob haben, die Parteien in Bonn schaffen das Asylrecht faktisch ab und die *Deutsche Bundespost POSTDIENST* ehrt den elitären, frauenfeindlichen, rassistischen, nationalistischen, militaristischen und antidemokratischen *Coburger Convent*.

Postdienst
Deutsche Bundespost

Die DEUTSCHE BUNDESPOST PeSTDIENST warnt:

!! ACHTUNG FÄLSCHUNG !!



Briefe mit dieser Marke werden nicht befördert !

MACHT DEM CONVENT EIN ENDE!

KAMPF DEM RASSISMUS ÜBERALL!

So nicht!

Stellungnahme zum in der INTERIM Nr. 243, 3. Juni 1993, Seite 32 veröffentlichten Brief von Karl-Heinz Dellwo an die Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen" Berlin

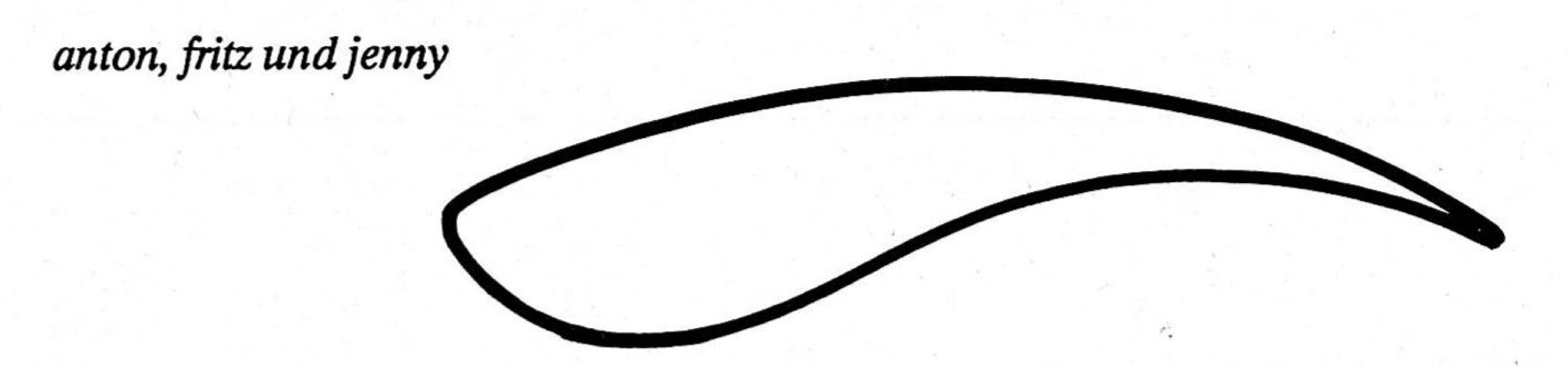
1. Wir, drei GenossInnen aus der Berliner Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen" - in welcher wir zur Zeit nur noch teilweise mitarbeiten - haben im Herbst '92 die in dem Brief von Karl-Heinz Dellwo erwähnte Broschüre "Aber in den 80ern lief es ganz anders... und was Jetzt? Diskussion über die RAF-Erklärung vom August 1992" mitdiskutiert, -herausgegeben und an die politischen Gefangenen - verschickt. An Reaktionen darauf ging uns u.a. der Brief eines Herrn Dellwo zu, in welchem er - alibimäßig - in 2 Zeilen etwas zum Erhalt der Broschüre sagte und ansonsten über 1 1/2 Seiten denunziatorisch und inhaltlich völlig unpolitisch seine "Kritik" an einem feministischen Papier (seit ca. Feb. 93 im Umlauf) zum Ausdruck brachte.
Da wir der Meinung waren und sind, er hätte sich in der Adresse geirrt, und seine Angriffe auf die Frauen (über andere Zusammenhänge hinweg) für sehr unsolidarisch/schädlich halten, leiteten wir seine hinreißenden Zeilen sofort an die Angesprochenen (besser "Über-die-gesprochenen") weiter, ohne diesen Schritt allerdings in der Gruppe zu diskutieren, womit wochenlange Auseinandersetzungen/Verzögerungen vorprogrammiert gewesen wären. Auch finden wir es gerechtfertigt, daß die Frauen es für sich entschieden haben, diesen Text zu veröffentlichen.

2. Wir legen Wert darauf, daß wir in der Broschüre verschiedene Punkte der Kritik der Frauen/Lesben vorweggenommen haben - auch wenn es uns damals noch nicht möglich war, diese Aspekte so systematisch zu entwickeln und auf den Punkt zu bringen, wie dies den Genossinnen in ihrer feministischen Kritik gelungen ist. Diese gemeinsamen Kritikpunkte sind u.a.:
-- "Gegenmacht von unten" als Unterschätzung bspw. des Rassismus und Sexismus von unten sowie als Nischenpolitik in den bestehenden Verhältnissen
-- Abgehen von einer antagonistischen Position zum Staat zugunsten der vagen Rede von einem "Zurückdrängen" desselben
-- d.h. letztlich Abgehen von revolutionärer Politik.
Auch teilen wir die Kritik der Feministinnen und von anderen am Umgang des letzten Jahres mit der KGT-Initiative, auch wenn dies kein Thema unserer Broschüren-Diskussion war.

3. karl-heinz dellwo schreibt: die frauen/lesben hätten "eine zitiertechnik, die der eindeutigen lüge gleichkommt, die **hemmungsloser manipuliert** und aussagen ins gegenteil verkehrt, **als wie wir es von der staatlichen propaganda** gegen uns **kennen**". auf die frage, ob die frauen falsch zitiert oder gelogen haben, wollen wir hier nicht inhaltlich eingehen. dazu ist in den in der INTERIM veröffentlichten diskussionsbeiträgen genug eingegangen worden. doch auch, wenn in einem fall falsch aus der KONKRET zitiert wurde, ist damit die aussage "hemmungsloser (...) als der staat" nicht zu rechtfertigen.
sie drückt im übrigen nichts über die frauen, aber viel über das verhältnis von k.h.d. zum staat aus.
einige, die wir kennen, sagen: "na ja, anpisse gegen anpisse; die frauen haben ja auch die raf als 'konterrevolutionär' bezeichnet."
wir sehen das nicht so. denn die frauen haben nicht gesagt, die raf *sei* konterrevolutionär, sondern folgende These vertreten: "die reformistische, konterrevolutionäre entwicklung der raf und der antiimperialistischen bewegung ändert auch das kräfteverhältnis für andere fortschrittliche kräfte gegenüber dem imperialistischen patriarchat zum schlechten." d.h. die frauen/lesben sagen nicht, die raf sei schon konterrevolutionär, sondern daß sie eine **entwicklung** durchmache, die in **richtung** einer konterrevolutionären position weise. sie lassen dabei offen, ob dieser (mögliche) endpunkt schon erreicht ist. außerdem wollen wir darauf hinweisen, daß die frauen/lesben augenscheinlich von einem begriff "konterrevolutionär" ausgehen, der nicht nur reaktionäre positionen, sondern auch reformistische positionen, die einer revolutionären entwicklung entgegenstehen, erfaßt.
"konterrevolutionär" oder "counter" gilt in der szene in erster linie als (moralisches) schimpfwort. jedoch bezeichnet es in wahrheit ein verhältnis, in dem eine gruppe oder politische haltung zum revolutionären prozeß steht. das ist auch eine frage des objektiven verhaltens, und der frage, ob revolutionären, emanzipatorischen bewegungen **tatsächlich** schaden zugefügt wird und nicht nur, ob jemand den staat stärken oder die revolution bewußt verhindern **will**.
ob die these der frauen, daß die raf sich in eine solche richtung entwickele, zutrifft, ist eine frage, die ernsthaft politisch diskutierrt werden kann und sollte.

und wir denken, daß die aktion der raf in weiterstadt zwar gezeigt hat, daß die raf weiterhin bereit ist, an *einzelnen punkten* (auch militärisch) druck auf den staat auszuüben. dies bedeutet aber gerade keine erledigung der kritik an jener neuen politik, die in verschiedenen diskussionsbeiträgen als "bewaffneter reformismus" bezeichnet worden ist. die raf hat selber in ihrer erklärung zu weiterstadt geschrieben, daß die aktion "nichts daran geändert" habe, was sie im letzten jahr an positionen entwickelt hat. auch bekräftigt sie dort, daß sie die unterscheidung zwischen revolutionärer und reformistischer politik für eine "scheindiskussion" hält. wir nicht:
denn: als mensch mit linkem anspruch schlimmer als der staat zu sein - das ist angesichts der HERRschenden verhältnisse hierzulande wohl kaum möglich.

anton, fritz und jenny



ZUM PROZESS GEGEN INGRID JAKOBSMEIER, EINE GEFANGENE AUS DER RAF! SCHAUEN WIR DER KLASSENJUSTIZ AUF DIE FINGER!

Diesen Brief schicken wir, die Prozeßgruppe in Stuttgart, an verschiedene politische Zusammenhänge in der BRD. Wir wollen sowohl Gruppen erreichen, die sich schon jetzt mit der Situation der politischen Gefangenen auseinandersetzen, als auch Zusammenhänge, die sich in anderen Bereichen/Ansätzen engagieren.
Sinn und Zweck dieses Briefes ist es, eine Mobilisierung gegen diesen Prozeß aufzubauen und eine koordinierte Prozeßbeobachtung anzufangen.
Warum?
Die Bundesanwaltschaft will in naher Zukunft bis zu 8 Gefangene aus der RAF erneut verurteilen. Den ersten Prozess führten sie gegen Christian Klar. Er wurde letztes Jahr im Oktober ein weiteres Mal zu lebenslanger Haft verurteilt. Der zweite Prozess ist der gegen Ingrid Jacobsmeier. Das verfolgte Ziel ist eindeutig: Die Gefangenen aus der RAF sollen auf unabsehbare Zeit in der Verfügungsgewalt des Staatsschutzes bleiben. Nach 22 Jahren Sondergesetzen und Sonderhaftbedingungen, setzt sich diese Sonderbehandlung auch heute noch bruchlos fort. Die Prozesse stehen im krassen Widerspruch zu dem Kampf um die Freiheit aller politischen Gefangenen.
In diesem Sinne begreifen wir die politische Mobilisierung gegen die Prozesse als einen Beitrag zum Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen.

DIE HINTERGRÜNDE DIESES NEUEN PROZESSES GEGEN INGRID JACOBSMEIER

Während im Frühjahr 92 die sogenannte Kinkel-Initiative (tatsächlich ein Projekt der "Koordinierungsgruppe Terrorismus) mit der Freilassung einiger weniger politischer Gefangenen den Eindruck erwecken sollte, an der Situation der politischen Gefangenen würde sich einschneidend was verändern, wurde gleichzeitig schon an neuen Anklagen gegen Gefangene aus der RAF gezimmert. Nach und nach wurde von der Bundesanwaltschaft bekannt gegeben, daß gegen 8 Gefangene aus der RAF, die alle schon verurteilt sind, neue Prozesse geführt werden.
Das sind Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Rolf-Clemens Wagner, Heidi Schulz, Helmut Pohl, Eva Haule, Sieglinde Hofmann und Ingrid Jacobsmeier.
Alle diese Anklagen sind zusammenkonstruiert: gegen Eva Haule wird eine politsiche Diskussion um die Aktion gegen die Air-Base in Frankfurt (1985) zum "Geständnis" umfunktioniert, gegen die sieben anderen Gefangenen aus der RAF bedient sich die Bundesanwaltschaft sogenannter "Kronzeugen-Aussagen". Im Rahmen der Annektion der ehemaligen DDR fielen den Staatsschutzbehörden der BRD acht Leute in die Hände, die vor Jahren in der RAF organisiert waren und in der ehemligen DDR mittlerweile ein bürgerliches Leben führten. Diese Leute wurden damit konfrontiert, entweder selbst lebenslang in den Knast zu kommen - und das unter den Isolationsbedingungen hier - oder sich unter Inanspruchnahme der berüchtigten "Kronzeugenregelung" freizukaufen. Wie dieser Handel genau über die Bühne ging, wird verschwiegen; was den Kronzeugen in den Mund gelegt wurde - dafür stehen die neuen Anklagen.

Fakt ist, die Staatsschutzbehörden initiierten died neuerliche Prozeßwelle für ihr politisches Kalkül: Aufgeben und Abschwören oder Vernichtung gegen die Gefangenen und für alle draußen soll es wie eh und je die Botschaft sein, in diesem Staat sei eine revolutionäre Entwicklung nicht möglich, sondern wird hinter Knastmauern erstickt.

Gegen Christian Klar lief der Prozeß schon im letzten Herbst. Er wurde nochmal zu lebenslänglich verurteilt (das 6. Lebenslänglich).In diesem Urteil wurde die "persönliche" "Schwere der Schuld" festgeschrieben. Das hat den Zweck, daß eine eventuelle Haftprüfung nach 15 Jahren schon von vornherein abgelehnt wird und nach 30 Jahren erstmals möglich ist. Also eine Knastperspektive, die ins Unendliche geht. Das ist das Ziel sämtlicher jetzt folgender Prozesse: diese Gefangenen im Knast zu begraben.

KONKRET ZUM VERFAHREN GEGEN INGRID JACOBSMEIER

Ingrid wurde Mitte der 80er Jahre zu 9 Jahren wegen "Mitgliedschaft in der RAF und Hehlerei" verurteilt. Diese neun Jahre sind im Oktober um, d.h. Ingrid müßte im Oktober entlassen werden; stattdessen wird ihr jetzt mit lebenslänglich gedroht.
Angeklagt ist Ingrid wegen 2 Aktionen der RAF aus dem Jahr 1981, und zwar wegen der Sprengstoff-Aktion gegen die US-Air-Base in Ramstein und wegen dem mißlungenen Angriff auf den damaligen US-General Kroesen.

Die Anklage-Konstruktion ist selbst für Staatsschutzsenate äußerst dürftig:
- mehrere Anklagepunkte gab es schon bei ihrem 1. Prozeß 1984.
Ein Fingerabdruck auf einem Heftpflaster, ein Besuchsgespräch mit ihrer Mutter im Knast. Das reichte damals nicht aus sie für konkrete Aktionen zu verurteilen, heute soll das als Indizien auf einmal verwertbar sein.
- zum anderen sind die Kronzeugenaussagen des Henning Beer mehr als bezeichnend: im entsprechenden Zeitraum war Beer schon nicht mehr in Aktionsvorbereitungen der RAF eingebunden, sonder nwurde sein "Ausstieg" vorbereitet;
in seiner Aussagen kommt auf wiederholte Nachfrage "ob es nicht sein könnte, daß Ingrid Jakobsmeier bei diesen Aktionen dabei war", lediglich in Abstufungen, daß es sein könnte.

Die Dürftigkeit der gesamten Anklage zeigt umsomehr den unbedingten Willen des Staatsschutzes zu einer Verurteilung zu kommen.
Wir allerdings wollen ihnen das so schwer wie möglich machen.

WAS IST ZU TUN?!

Wir wollen gewährleisten, daß an allen Prozeßtagen möglichst viele Menschen im Prozeß sind.
Zum einen deswegen, weil auch Ingrid im Prozeß sein wird und wir sie nicht mit diesem Machtapparat allein lassen wollen, zum anderen geht es uns darum, den konkreten Prozeßablauf genau zu verfolgen.
Schauen wir der Staatsschutzjustiz auf die Finger!
Die Bundesanwaltschaft und der Senat mit dem vorsitzenden Richter Breuker sollen wissen, daß sie sich nicht hinter Paragraphen verschanzen können, sondern daß ihr juristisches Instrumentarium politisch angreifbar ist.

Das setzt voraus, daß wir selbst die Öffentlichkeit schaffen, die durch die bürgerlichen Medien bewußt nicht wahrgenommen wird. Natürlich können wir auch versuchen auf die Berichterstattung der bürgerlichen Medien Einfluß zu nehmen. Das kann allerdings nur eine Ebene sein. Gut wäre es, wenn es in allen Städten und in den verschiedenen Zusammenhängen Diskussionen um diese Prozesse und den Kontext in dem sie stehen, geben würde: zur konkreten Situation der politischen Gefangenen; zur politischen Gesamtsituation in der die Prozesse stattfinden; daß Initiativen und Aktivitäten gegen diesen Prozeß entstehen.
Wir wollen, daß sie mit diesem Prozeß nicht durchkommen, das wird auch für die nachfolgenden Prozesse unseren Einfluß und unsere politische Kraft stärken.

Um zu erreichen, daß möglichst kontinuierlich Menschen den Prozeß besuchen, streben wir eine Koordinierung der Menschen/Gruppen an. Wir bitten euch deshalb, euch bei uns zu melden, damit wir überhaupt wissen, wie rege das Interesse ist und um mitzukriegen, wer wann kommen will.

Dafür, genauso für Fragen zum aktuellen Prozeßverlauf, gibt es ein Infotelefon. Falls Leute/Gruppen noch mehr Hintergrundmaterial wollen, so können sie sich bei uns melden.

An allen Prozeßtagen wird es ein Prozeßcafe in Stuttgart geben, um über die Eindrücke, Einschätzungen zu reden und Intiativen zu überlegen.

Hier alles kurz zusammengefaßt:

PROZESSTERMINE:
Do. 27.5. / Mo. 7.6., / Di. 8.6. - ab Di 15.6. jeweils Di. und Mi. im Prozeßbunker in Stuttgart/Stammheim um 9 Uhr.

An den Prozeßtagen machen wir immer ein Prozeßcafe mit Infotelefon - von 17-20 Uhr:
- im BI-Laden, Neckarstraße 73 - Do. 27.5. / Mo. 7.6. / Di. 8.6. und alle weiteren Prozeßdienstage - Infotelefon: 0711/2991995

- im Casino, Mörikestr. 69 - immer Mittwochs - Infotelefon: 0711/6491629

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
KEINE WEITEREN PROZESSE GEGEN GEFANGENE AUS DER RAF!

ZUSAMMENLEGUNG SOFORT!
FREILASSUNG ALLER HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN!
FREIE KOMMUNIKATION ZWISCHEN DEN POLITISCHEN GEFANGENEN UND NACH DRAUSSEN!

Prozeßgruppe Stuttgart
c/o BI-Laden
Neckarstr. 73
7000 Stuttgart 1

ANATOPIAANATOPIAANATOPIAANATOPIAANATOPIAANATOPIAANATOPIAANATOPIAANATOP
HÜTTENDORF GEGEN DAIMLERBENZ HÜTTENDORF GEGEN DAIMLERBENZ HÜTTENDORF GEGEN DAI

ERKLÄRUNG ZUM AUSLÖSEN DER RÄUMUNGSTELEFONKETTE

Kurze erklärung zum auslösen der alarmtelefonkette am 14.15./5. Freitagabend hatten wir einen brief der JU in der hand, in dem diese zur einem treffen am dienstag 18. einlud, um die resten des ehemaligen hüttendorfes wegzu räumen. Zitat:"da haben wir doch schon lange auf gewartet!" Nach einigen nacgfragen kamen wir zu dem (richtigen) schluß das dieser brief auch ernst gemeind war.. Für die anwesenden bewohnerInnen war die logische konsequenz das die räumung innerhalb den nächsten 4 tagen auf uns zu kam, und entschieden sich die kette auszulösen. Gleichzeitig wurde versucht mehr infos zu bekommen. Am samstag 2°° kam endlich die entwarnung.
Seitdem es das hüttendorf gibt laufen in Papenburg immer wieder gerüchte, hier im dorf wären keine leute mehr, worauf der brief der jungen union sich aufbaute. Bei allen telefonaten ist die telefonnummer vom infotelefon in OL angegeben worden und für samstag 2°° nähere infos angekündigt. Dikkenkuß an die leute die sich, in der zeit über die sache informiert undweiter gekümmert haben ! Eure solidarität gibt uns die kraft durch zu halten und anatopia weiter aus zu baun.

TRAGT EUCH IN DIE TELEFONLISTEN MIT EIN !
BEZIEHT DIESES PROJEKT IN EURE AKTIONEN MIT EIN !
SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !!!

Anatopia KALENDA!
* JUNI:- AB 1. juni: ♀-Hütte baun
- WAGENKARAWANE KOMMT AM 9.6
* juli-AUGUST: - 3.7. MEGA DEMO FÜRS ERHALT DES HÜTTENDORFES
- 4.7. 2 JAHRE BESETZUNG
- SEMINARE-TREFFEN-AUSBAU DES DORFES

KONTAKT: ANATOPIA
c/o Walker
Spillmannsweg 5
2990 Papenburg

"... nur wird jetzt das 'normale' Maß überschritten"

Gewalt gegen Behinderte

"Jetzt werden sogar Behinderte angegriffen!" Empörung steckt hinter diesen Worten. Zu Recht, denn natürlich ist es nicht in Ordnung, wenn behinderte Menschen angegriffen werden. Aber was bedeutet "sogar" (oder "auch")? Unter der Überschrift "Rechtsradikalismus" bzw. "Rechtsextremismus" berichten die Medien über Angriffe auf AsylbewerberInnen, AusländerInnen, Juden/Jüdinnen, jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten. Überfälle auf Behinderte erscheinen - wie sie selbst - als etwas Besonderes; ein Zusammenhang mit rechter Gewalt wird nur mühsam, wenn überhaupt, hergestellt. Ist Gewalt gegen behinderte Menschen etwas anderes als Gewalt gegen AsylbewerberInnen, AusländerInnen, Sinti und Roma, Juden/Jüdinnen, Schwule, Lesben oder Obdachlose? Offenbar wie ein Blitz aus heiterem Himmel werden behinderte Menschen "jetzt auch" bedroht, angegriffen, überfallen. Natürlich, Gewalt gegen Behinderte geht 'zu weit', aber geht es nicht bei jedem anderen genauso 'zu weit'? Warum also die Unterscheidung?

Bezüglich der Angriffe gegen behinderte Menschen muß von einer neuen Dimension und einer verschärften Bedrohung gesprochen werden. Ob die Täter dabei explizit ein rassistisches bzw. eugenisches Denk-Raster im Kopf haben, oder ob sie 'einfach so' einen Schwächeren angreifen, macht kaum einen Unterschied; gemeinsamer Nenner und Meßlatte aus rechter Sicht ist der simple Slogan vom 'guten Deutschen'. Wer nicht in diese Schublade paßt, hat gute Chancen, mindestens verprügelt zu werden. Wie das Opfer sich verhält, ist dabei sekundär, es reicht die Existenz des Anderen in seiner zugeschriebenen Abweichung. Den rechten Denkern ist das nichts Neues, die Eugenik paßt hervorragend in das rassistische Welt- bzw. Menschenbild.

Es geht insofern auch nicht um etwas grundlegend Neues. Im Gegenteil, es geht um die brutale Zuspitzung einer Logik, die in der Ausgrenzung die 'Normalität' sieht; die 'Integration' wie ein Bonbon anbietet, das erst verdient werden muß (und diees Bonbon ist längst nicht für jeden zu haben). Die Konsequenz dieser Logik bedeutet einerseits an Leistung orientierte Anpassung, andererseits und gleichzeitig Verhinderung (bekannter als Verhütung) bis hin zur Vernichtung. Die gesellschaftsfähige Variante dieser Logik erleben wir in den letzten Jahren in der massiven Werbung für genetische Forschung/Beratung und pränatale Diagnostik zum Zweck selektiver Abtreibung und in dem ebenso massiven Ruf nach Legalisierung der "Euthanasie" bis hin zur Tötung behinderter Neugeborener - das alles unter dem globalen Motto der Leid- (und Kosten-)vermeidung.



In diesem Rahmen muß von einer existentiellen Bedrohung gesprochen werden, die für behinderte Menschen vor 10 Jahren so noch nicht denkbar war. Damals ging es darum, die strukturelle Gewalt und Heuchelei der Wohl-Täter-Mafia aufzuzeigen und provokant dagegen anzugehen (beispielsweise mit den Aktionen gegen das UNO-Jahr der Behinderten). Spätestens seit der Auseinandersetzung um Peter Singer und Co. geht es um Widerstand gegen die Infragestellung des Lebensrechts behinderter Menschen. Auf der wissenschaftlichen Bühne wird seit Jahren die Vernichtung vorgedacht, im Rahmen eines vermeintlich wertfreien Dialogs steht behindertes Leben zur Disposition. Angeblich hat dieser Diskurs keine negativen Folgen für das Leben behinderter Menschen, begründet wird er jedoch u.a. mit "dringendem Handlungsbedarf".

Eine andere Ebene der Gewalt gegen behinderte Menschen findet in der Öffentlichkeit so gut wie keinen Niederschlag, obwohl (oder weil?) sie zum Alltag gehört. Vergewaltigungen - vor allem geistig behinderter Frauen - werden in der Regel stillgeschwiegen, soweit die Frauen sich überhaupt trauen, darüber zu reden. Kommt es - selten genug - zum Prozeß, werden sie vielfach als unglaubwürdig dargestellt, einmal, weil sie sich zum Teil nur schwer verständlich machen können und insoweit den Rahmen 'gerichtsüblicher Kommunikation' sprengen, zum anderen nach dem Motto: "Wer will denn die schon." Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Täter häufig im familiären Umfeld zu finden sind sowie im Bereich des Pflege- und Betreuungspersonals von Anstalten.

Strukturelle Gewalt in Form von Ausgrenzung aus dem 'normalen' Leben - sei es Anstaltsunterbringung, der Zugang zu Gebäuden, Verkehrsmitteln, zur Regelschule, zu Arbeitsplätzen usw. - und Verweigerung von gleichen Rechten wird kaum als solche wahrgenommen, geschweige denn kritisiert oder gar ernsthaft in Frage gestellt. Anstaltsunterbringung gilt nach wie vor grundsätzlich nicht als Skandal, sondern aus Kostengründen als 'angemessen'. Und wer nimmt Anstoß daran, wenn behinderte Menschen zum Spenden-Objekt gemacht werden? Erst, wenn sich etwa ein Flensburger Richter dazu versteigt, behinderte Menschen als "Urlaubsmangel" und somit Grund für Schadenersatz zu qualifizieren, regt sich leise Empörung. Richter Rüdiger befand, daß dieses Urteil nicht gegen die guten Sitten verstoßen könne, weil der größte Teil der Bevölkerung dies eben nicht als einen solchen Verstoß empfinden würde. Zu befürchten ist, daß er hinsichtlich des 'Volksempfindens' recht haben könnte. Diese Beispiele ließen sich beliebig verlängern. Erwähnt sei noch die beliebte Ebene des "Ich will Dir doch nur helfen", womit keineswegs etwas gegen Hilfs-*Angebote* gesagt werden soll. "Ich will Dir doch nur helfen" stellt eine quasi-legale 'Vergewaltigung' dar: behinderte Menschen werden, ohne ihr Einverständnis abzuwarten, angefaßt, geschoben, über die Straße gezerrt usw. Im Beschwerdefall gelten sie als undankbar und aggressiv; die Gewaltausübung wird meist nicht einmal als 'Grenzverletzung' anerkannt.

Gewalt gegen Behinderte ist also keineswegs so tabu, wie es auf den ersten Blick scheint, nur wird jetzt das 'normale' Maß überschritten. Der öffentliche Umgang damit reduziert sich in der Regel auf die Darstellung als Einzelfall, Ohnmacht oder Angst werden besonders hervorgehoben und die Opfer damit alleingelassen. Die Frage nach Hintergründen, Zusammenhängen und Ursachen taucht selten auf und wenn, wird sie nur dürftig bearbeitet. Sensations-Berichterstattung schadet nur, weil sie 'das Problem' individualisiert und die tatsächlichen Ursachen außer Acht läßt. Es kann aber auch nicht Sinn der Sache sein, Überfälle auf behinderte Menschen zu verschweigen, etwa, um die Angst der Opfer nicht zu verstärken. Vielmehr kommt es auf die Art und Weise, d.h., die Qualität der Berichterstattung an. Als relativ positives Beispiel muß die MONITOR-Sendung vom Dezember 92 gelten. Zu kritisieren wäre hier allerdings die unkommentierte Einblendung von NS-Filmmaterial. Peinlich auch, wenn, wie am Schluß der Sendung, der Lebenswille oder die Lebensfreude des Opfers betont wird und absurd, wenn behinderte Menschen sich - als Folge der "Euthanasie"-Diskussion - genötigt sehen, ihre Existenzberechtigung mit ihrer Freude am Leben zu rechtfertigen.

Fatal wäre es, den potentiellen Opfern nun als 'Lösungsmöglichkeit' anzubieten, doch zu Hause bzw. in der Anstalt zu bleiben. Das käme einer Ausgrenzung in der Ausgrenzung und völliger Isolierung gleich. Statt Individualisierung von Ohnmacht und Gewalt und einem möglichen Verweis auf das "sichere Heim" sind Gruppen nötig, in denen Strategien entwickelt werden können, mit der Angst umzugehen, nicht an ihr kaputtzugehen. Nachzudenken ist über die Frage, wie Solidarität möglich ist. Genauso wie es nötig geworden ist, z.B. AsylbewerberInnen zu schützen, wird es nötig sein, behinderte Menschen zu schützen. Auf der Straße oder wo immer sie bedroht sind. Die eugenische Schere im eigenen Kopf, die vielfältigen Ausgrenzungsmechanismen, in Frage zu stellen, erscheint wichtiger denn je.

Es ist notwendig, diese neue Dimension von Gewalt, sowie die 'alte' strukturelle Gewalt als politisch zu begreifen, als Ausdruck politischer Machtverhältnisse - eben nicht als Problem einzelner (behinderter) Menschen. Nachzudenken wäre weiter über das Verständnis eines Rassismus-Begriffs, in dem behinderte Menschen üblicherweise nicht vorkommen. Als ich während einer Veranstaltung einen entsprechenden Zusammenhang herstellte, wurde mir die "inflationäre" Benutzung des Rassismus-Begriffs vorgehalten. Trotzdem stellt sich die Frage, was wir unter Behindertenfeindlichkeit einerseits und Rassismus andererseits verstehen. Last but not least ist nachzudenken über die Abgrenzung diskriminierter Gruppen untereinander bzw. gegeneinander. Solidarität stellt sich nicht automatisch her. Es wird jedoch notwendig sein, sie herzustellen.

aus: die Randschau
Zeitschrift für Behindertenpolitik
Mombachstr. 17
35 Kassel

Angriffe gegen behinderte Menschen (Auswahl):

Halle /Neustadt, 24. Juni 1992:
Fünf hörbehinderte Jugendliche werden überfallen und zusammengeschlagen. Kein Passant hilft.

Quedlinburg, Juli 1992:
Rechtsradikale Jugendliche gehen "Spastis klatschen", ein Behindertenheim wird mit Steinen bombardiert. Die Jugendlichen in einer Diskussion: "Wenn die Ausländer erst mal weg sind, haben wir noch andere nutzlose Esser, z.B. Behinderte."

Großburgwedel, Anfang September 1992:
Ein behinderter Mann nimmt sich nach wiederholten Beschimpfungen und Angriffen das Leben.

Hannover, 24. September 1992:
Ein geistig behinderter Mann wird vier Tage lang festgehalten und gefoltert.

Mainz, Oktober 1992:
Ein Rollstuhlfahrer wird vor einer Buchhandlung von einem knutschenden Pärchen bedroht: "Wenn Du weiter so blöd zu uns rüber guckst, dann kitzle ich Dich mal." Der Mann folgt dem Rollstuhlfahrer in die Buchhandlung und spuckt ihm ins Gesicht: "Auf Dich könnte ich richtig scheißen."

Großburgwedel, Oktober 1992:
Behinderte Bewohner der Pestalozzi-Stiftung werden zusammengeschlagen. Betreuer, die zu Hilfe kommen wollen, werden mit Messern bedroht.

Ottweiler, Oktober 1992:
Ein kurzgeschorener Mann mit Hakenkreuz-Tätowierung legt an einem Heim für geistig behinderte Menschen an mehreren Stellen Feuer. Ein Pflegeschüler, der eingreifen will, wird verletzt.

Hannover, Anfang November 1992:
Eine behinderte Frau wird beschimpft. Tritte gegen den Rollstuhl.

Frankfurt, November 1992:
Zwei junge Männer schleichen sich von hinten an einen gehbehinderten Mann und schlagen ihm die Krücke aus der Hand. Der Mann stürzt, die beiden Angreifer rennen mit der Krücke weg.



Hannover, Dezember 1992:
Vor dem Landtag wird ein Rollstuhlfahrer angepöbelt und angegriffen: "Hey Du Krüppel, wie siehst Du denn aus?" Tritte gegen den Rollstuhl und - nachdem der Mann zu Boden gestürzt ist, in seinen Unterleib. Der Rollstuhl wird gegen eine Wand geschleudert. Keiner der zahlreichen Passanten, die vorbeigehen, hilft.

Bremen, Dezember 1992:
Die Mutter eines behinderten Kindes bekommt Drohanrufe und anonyme Briefe: "Wir räuchern Euch aus! Dein Kind ist als erstes dran. Sieg Heil."

Siegen, Mitte Dezember 1992:
In einem Einkaufszentrum wird ein sehbehinderter Mann getreten und geschlagen. Wenig später stirbt er an den Verletzungen.

Hamburg, Januar 1993:
Eine Rollstuhlfahrerin erhält anonyme Anrufe: "Wir sind überall und bald bist auch Du dran. In einem sauberen Deutschland können wir so was wie Dich nicht brauchen."

Wuppertal, 5. Februar 1993:
Ein geistig behinderter Mann wird von einem Jugendlichen aus der rechtsextremen Szene beschimpft und geschlagen: "Ein Behinderter hat in Deutschland nichts zu suchen."

Die Bundesvorsitzende der LEBENSHILFE, Annemarie Griesinger, berichtet von Mord- und Bombendrohungen gegen Schulen für behinderte Kinder. Nichtsdestotrotz verbietet die **Geschäftsführerin der LEBENSHILFE Remscheid** einen Auftritt der Musikgruppe "The Lenny's" mit der Begründung: **"Die Zeit ist noch nicht reif, für unsere Schützlinge auf die Straße zu gehen."**

Quellen:
* Redemanuskript zur Wuppertaler Demonstration "Behinderte gegen Rechtsradikalismus" vom 27. Februar 1993
* Dokumentation des nieders. Behindertenbeauftragten: Deutschland im Herbst - Zunehmende Gewalt gegen behinderte Menschen. Mai 1993

Foto: Ursula Aurien, Berlin

"Unrechtsbewußtsein nimmt Gewalt nicht als Schicksal der Opfer, nicht als Handlungszwang der Täter hin. Unrechtsbewußtsein heißt: Auf Erkennbarkeit, Benennbarkeit und Bekämpfbarkeit von Gewaltverursachern zu bestehen und die Gewaltverhältnisse als ebenso unzumutbar wie von Menschen veränderbar zu begreifen."

Christina Türmer-Rohr, zit. nach Hans Hengelein in: Deutschland im Herbst. Dokumentation s.u., S. 18.

Strenger Sparkurs für die Bezirke

Senat: Ausgaben nur noch für Olympia, Hauptstadt oder Großsiedlungen

Schulen, Kindertagesstätten, Parks oder Straßenumbauten sind in allen Bezirken vorerst gestrichen: Wie es in einem Rundschreiben der Senatsfinanzverwaltung heißt, sind neue Ausgaben für die bezirkliche Investitionsplanung ab 1997 „grundsätzlich" nur noch in wenigen Fällen vorgesehen. Geld bewilligt der Senat nur dann, wenn die Investitionen der Infrastruktur der geplanten neuen Großsiedlungen oder der Sicherheit der Bevölkerung dienen sowie für Olympia 2000 und die Hauptstadtfunktion.

„Alle anderen bisher geplanten Maßnahmen werden zeitlich herausgeschoben", heißt es in dem Schreiben, das dem Tagesspiegel vorliegt, weiter. Die Bezirke sollen „Ausgabendisziplin" und „Sparsamkeit" auch mit „unpopulären Maßnahmen" erreichen, so der Brief der Finanzverwaltung. Der Brief ging sämtlichen Bezirksämtern, den Senatsverwaltungen, den Eigenbetrieben, Anstalten öffentlichen Rechts und der Präsidentin des Abgeordnetenhauses zu.

Für die Zeit vor 1997 dürfen ohnehin keine neuen Ausgaben angemeldet werden, da die Investitionsplanung um Jahre im voraus festgelegt wird. Auch bis 1997 müssen die Bezirke die Gürtel enger schnallen: Die Kosten der bereits angemeldeten Hochbaumaßnahmen und sonstiger Investitionen, an denen sich der Bund oder die EG nicht mindestens mit 25 Prozent beteiligt, werden pauschal auf 95 Prozent des ursprünglichen Ansatzes gekürzt.

Diese Einsparung soll, schlägt die Finanzverwaltung vor, „in der Regel durch Zurückstellung neuer Maßnahmen" herbeigeführt werden. Und Baumaßnahmen, die für 1994 vorgesehen sind und bei denen heute noch keine Bauplanungsunterlage vorliegt, werden schlicht ins Jahr 1995 verschoben.

Für „unsozial" hält der Baustadtrat von Prenzlauer Berg, Matthias Klipp (Bündnis 90) dieses Verfahren. „Wenn gespart werden muß, warum werden Olympia und Hauptstadt davon ausgenommen, während in vielen unserer Schulen die Heizungen museumsreif sind und die Toiletten gesperrt werden müssen?", fragt er. Zudem fehlten allein in den Sanierungsgebieten des Altbaubezirks 20 Schulturnhallen.

Anders sieht das der Sprecher des Finanzsenators, Thomas Butz. Berlin müsse anerkanntermaßen sparen, sagt er. Daß die Finanzierung von Olympia und Hauptstadt, aber eben auch die neuen Großsiedlungen, in denen Wohnungen und Arbeitsplätze geschaffen würden, die Schwerpunkte der Senatspolitik seien, sei bekannt und immer wieder erklärt worden. Zudem würden Maßnahmen, die der Sicherheit der Bevölkerung vor löcherigen Straßen oder baufälligen Fassaden dienten, weiterhin finanziert. esch

TAGESSPIEGEL , 8. JUNI 1993

Krüppelfrauengruppe Berlin
c/o Katrin Metz
Sinsheimer Weg 2
1000 Berlin 44
Tel. 687 1085

Berlin, 1. 6. 1993

Presseerklärung:

Das Urteil zum §218 und die Folgen für Behinderte
- Aufwertung der eugenischen Indikation

Die Empörung über die Entscheidung der Karlsruher Richter zur Neuregelung des Abtreibungsrechts ist in den letzten Wochen von den unterschiedlichsten Frauengruppen und -verbänden auf vielfältige Weise zum Ausdruck gebracht worden. Auch wir schließen uns diesen Protesten an.

Der parteiübergreifende Kompromiß, der zumindest für die Frauen der ehemaligen BRD eine erhebliche Verbesserung bedeutet hätte, wird für **alle Frauen** in sein Gegenteil verkehrt. Die neue Qualität der Karlsruher Bestimmungen besteht nicht allein darin, daß sich Frauen zukünftig einer direktiven Beratung unterziehen müssen, sondern daß die Möglichkeit einer Abtreibung von ihrer sozialen und ökonomischen Situation abhängt. (Abtreibung wird von Ausnahmen abgesehen als "Rechtswidrigkeit" gewertet und von den Krankenkassen nicht mehr finanziert.) Dies bedeutet sogar einen Rückschritt gegenüber der bisher geltenden Indikationsregelung, denn die Frauen, die bislang die soziale Indikation in Anspruch nehmen konnten (ca. 90% der gestellten Indikationen), müssen nun für die Finanzierung eines Schwangerschaftsabbruchs selbst sorgen.

Weiterhin finanziert wird ein Schwangerschaftsabbruch nur noch, wenn eine medizinische, kriminologische oder eine embryopathische Indikation vorliegt. Embryopathische bzw. eugenische Indikation erlaubt eine Abtreibung, wenn eine Behinderung des Kindes zu erwarten ist. Durch diese Regelung wird deutlich, daß sich der so häufig beschworene "Schutz des ungeborenen Lebens" nicht in gleicher Weise auf alle Föten bezieht. Durch die nicht mehr finanzierte soziale Indikation erfährt die eugenische Indikation eine Aufwertung. Sie wird somit zum "Hintertürchen" einer restriktiven Abtreibungspolitik, durch die nicht nur die Anzahl, sondern auch die "Qualität" der Neugeborenen gewährleistet werden soll.

Um eine mögliche Behinderung des Fötus festzustellen, werden Frauen zur Nutzung pränataler Diagnoseinstrumente gedrängt (humangenetische Beratung, vorgeburtliche Untersuchung). Dies wiederum führt zu steigender Akzeptanz, Legitimation und damit verbunden weiterer Präzisierung dieser Technologien. Die Quote behinderter Neugeborener wird sich durch diese Technologien nicht wesentlich verändern. Verändern wird sich allerdings die Stimmung gegenüber Behinderten, die zunehmend unter Legitimationsdruck geraten, wenn sie politische Forderungen stellen. Abtreibung kann sich nicht nach der Qualität des zu erwartenden Kindes richten. Statt Geld dafür auszugeben, Behinderung zu verhindern, müssen Bedingungen geschaffen werden, die ein Leben mit Behinderung akzeptabel werden lassen.

Stimmen gegen den Krieg

Unabhängige Medien in Ex-Jugoslawien

Die Medien in Ex-Jugoslawien spielen eine wichtige Rolle im Krieg: Die meisten von ihnen dienen nicht der wahrheitsgetreuen Information, sondern nationalistischer Propaganda. Kurt Seifert war kürzlich in Serbien und hat JournalistInnen getroffen, die sich nicht für solche Propagandazwecke missbrauchen lassen wollen.

Die Macht über die Medien ist eine der wesentlichen Stützen des serbischen Milosevic-Regimes. Jeden Abend um halb acht liefert das staatliche Fernsehen den Krieg um Bosnien ins Wohnzimmer. Der Tenor seiner "Berichterstattung" lautet: Wenn Greuel passieren, dann können nur kroatische "Ustascha-Faschisten" beziehungsweise bosnische "Muslim-Fundamentalisten" dahinterstehen. Und im übrigen hat sich die ganze Welt gegen die Serben verschworen. Zu dieser Verschwörerfront - der solch illustre Kreise wie der Vatikan oder der islamische Weltkongress angehören sollen -rechnen die Belgrader Fernsehgewaltigen seit kurzem auch ein paar SchweizerInnen: "Schweizer Journalisten und Schriftsteller, Gründer der Gruppe ‚Medienhilfe für Ex-Jugoslawien', rufen offen zu einem neuen Medienkrieg gegen Serbien auf." Das meldete die serbische Tagesschau Ende März. Was war vorgefallen? Einige Tage zuvor hatte die Neue Zürcher Zeitung - so wie andere Schweizer Medien - über eine Pressekonferenz der Medienhilfe berichtet, die staatsunabhängige Zeitungen, Zeitschriften, Presseagenturen sowie eine Radio- und Fernsehstation im ehemaligen Jugoslawien unterstützt. Das serbische Fernsehen zeigte einen Ausriß aus der NZZ und kommentierte ihn wie oben zitiert.

Medienschaffende, die nicht auf Staatslinie liegen, gelten den serbischen Machthabern offenbar als "Verräter", die mit den Feinden des serbischen Volkes unter einer Decke stekken. Entsprechend schwer wird unabhängigen JournalistInnen das Leben gemacht. Das reicht von anonymen telefonischen Drohungen über tätliche Angriffe - bis hin zum Diebstahl einer Sendeanlage aus den USA, die für das Belgrader Alternativ-TV Studio B bestimmt war. Heute bedient sich der Fernsehsender der "Serbischen Republik" in Bosnien dieser Anlage.

Nach den Wahlen vom Dezember 1992 wurden rund 1500 serbische Radio- und FernsehjournalistInnen "beurlaubt". Die Beurlaubten haben laut sju-News, dem Informationsblatt der Schweizerischen Journalistinnen- und Journalisten-Union, "zwei Dinge gemeinsam: Sie sind Mitglieder der unabhängigen Journalistengewerkschaft, und sie haben einen guten Ruf als professionell arbeitende, unabhängige Berufsleute."

Unabhängige JournalistInnen

Ein paar von ihnen nutzen ihre unfreiwilligen Ferien und arbeiten gratis für die in Novi Sad erscheinende Zeitschrift Nezavisni -zu deutsch: "Unabhängig". Hier, in der Hauptstadt der von verschiedenen Nationalitäten bewohnten Provinz Vojvodina, entstand bereits 1990 eine unabhängige Journalisten-Vereinigung. Sie gehörte zu den ersten oppositionellen Organisationen in dieser Gegend. Von den ursprünglich 400 Mitgliedern blieben noch ungefähr 250 übrig. Viele sind geflüchtet, und die meisten arbeiten nicht mehr in den Medien. Nezavisni erscheint alle zwei Wochen in einer Auflage von 3000 Exemplaren. Das Geld kommt hauptsächlich über Inserate herein. Ausserdem gibt es ein paar örtliche Unternehmer, die sich als Sponsoren betätigen, aber nicht erwähnt werden möchten. Die Redaktion hat große Pläne: Sie will eine Zeitung auf die Beine stellen, die eines Tages selbsttragend sein soll. Doch im Moment wissen die HerausgeberInnen oft nicht einmal, wie sie den Druck der nächsten Nummer finanzieren sollen.

Macht dank Medien und Militär

Der Krieg in (Ex-)Jugoslawien begann als Kampf um die Medien. Im März 1991 demonstrierten mehr als 100'000 Menschen in Belgrad gegen die Lügenpropaganda des serbischen Fernsehens. In diesem Konflikt stellte sich die Bundesarmee hinter die Milosevic-Regierung und "signalisierte damit ihre Bereitschaft, auch in Zukunft dessen Politik zu stützen" - so der in Belgrad lebende Soziologe Stjepan Gredelj in einer Analyse des serbischen Medienwesens. Den wachsenden Druck auf seine Herrschaft konnte der serbische Präsident ablenken, indem er die SerbInnen in Kroatien zum Aufstand anstachelte und damit den Zerfall Jugoslawiens bewirkte. Kurz gesagt: Den Medien und dem Militär hat Milosevic seine Macht zu verdanken.

Der Milosevic-Partei ist es in den vergangenen zwei Jahren gelungen, das Regime der "Televisiokratie" bis in alle Feinheiten zu perfektionieren - "sie herrscht mit Hilfe dieses magischen ‚Fensters zur Welt' . Für den Großteil der Bevölkerung ist dieses Fenster nichts anderes als Orwells ‚Televisor': Hier wird nur gezeigt, was der Große Bruder gezeigt haben will, durch dieses Fenster ‚sieht' der Große Bruder seine Untertanen", stellt Gredelj fest.

Gegen Propaganda des Hasses

Der "1984"-Alptraum des George Orwell scheint in Serbien Wirklichkeit geworden zu sein: Die FernsehzuschauerInnen werden allabendlich hypnotisiert - und per Satellit findet TV Serbien auch Zugang zu den Landsleuten in Westeuropa oder Nordamerika. Angesichts der Inflation und rasant sinkender Löhne können sich die wenigsten den Kauf von Zeitungen und Zeitschriften noch leisten. Unabhängige Wochenzeitungen wie die Belgrader Vreme seien "die Spielwiese der Opposition", schreibt der Vreme-Redaktor Dusan Reljic. Es herrscht "Demokratur": Formale Demokratie mit "Nischen für Andersdenkende" (Reljic) bei gleichzeitiger Meinungsdiktatur. Unter äußerst schwierigen Bedingungen versuchen mutige JoumalistInnen, der Propaganda des Hasses entgegenzutreten. Mit kritischen Informationen wollen sie "für den Frieden und längerfristig für den Aufbau einer Zivilgesellschaft arbeiten" heißt es in einem Prospekt der Medienhilfe für Ex-Jugoslawien. Die im Dezember 1992 gegründete Gruppe unterstützt unabhängige Medien wie Vreme, die Belgrader Radiostation B92 oder die in Sarajevo erscheinende Tageszeitung Oslobodjenje ("Befreiung") materiell und finanziell. Bisher konnten nur 30'000 Franken gesammelt werden. Benötigt werden beispielsweise Computer und finanzielle Beihilfen für Gehälter und Druckkosten.

Detaillierte Informationen über unabhängige Medien im ehemaligen Jugoslawien und Möglichkeiten, sie zu unterstützen, sind erhältlich bei: Züri 90, Medienhilfe für Ex-Jugoslawien, Langstr. 136, 8004 Zürich, Tel. 01242 60 91. Spenden werden erbeten auf PC 80 - 322253 - 9 (Medienhilfe für Ex-Jugoslawien). Die Arbeit dieser Medien dokumentiert Para Pacem, ein zweimal im Monat erscheinender Informationsdienst (Para Pacem, c/o Postfach 103, 8031 Zürich, Tel. 01 272'90'10, Roland Brunner).

Kurt Seifert

Augsburger Zeitung
08.06.93

Platzt Parteitag bei Gewalt-Drohung?

Polizei rechnet mit Gegen-Demos zu Rep-Treffen

Von unserem Redaktionsmitglied
Dieter Mitulla

Die Augsburger Polizeiführung stellt sich auf Gegendemonstrationen zu dem Bundesparteitag der Republikaner ein, der am Wochenende 26./27. Juni in der Schwabenhalle stattfinden soll. Wie berichtet, hat die Rechtspartei die Halle angemietet, es werden rund 900 Delegierte erwartet.

Wie die AZ gestern erfuhr, haben die Republikaner bereits im März die Anmietung der Schwabenhalle in die Wege geleitet, wie Rep-Landesvorsitzender Wolfgang Hüttl bestätigte. Öffentlich wurden die Parteitags-Planungen erst Ende Mai bekanntgegeben. Nach Informationen unserer Zeitung ließ die Stadtverwaltung daraufhin drei Wochen lang prüfen, ob die Anmietung der Halle oder die Veranstaltung als Ganzes verhindert werden könne. In diese Untersuchungen seien neben städtischen Dienststellen auch die Regierung, das Innenministerium und die Verfassungsschutzbehörden eingeschaltet gewesen.

Das Ergebnis, gestützt auf ein einschlägiges Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes: „Die Republikaner sind in den Parlamenten vertreten, es gibt keinen Grund, ihnen die Halle zu verweigern, wenn ein Termin frei ist", sagte Messechef Franz Bürger. Obwohl in privatrechtlicher GmbH-Trägerschaft geführt, gelte die Halle als öffentliches Gebäude, da alle Gesellschafter öffentlichrechtliche Institutionen seien. Die Rep hätten außerdem die Bedingungen des Mietvertrages erfüllt, die unter anderem eine Sicherheitsleistung von rund einer Viertelmillion Mark für Schäden durch Ausschreitungen umfassen.

Bei der Stadt wollte gestern niemand offiziell Bestrebungen bestätigen, das Treffen der Rechtspartei zu verhindern. Zu einer Kündigung des Mietvertrages oder einem Verbot der Veranstaltungen könnte es aber trotzdem noch kommen. Grund ist der Paragraph 9 des Mietvertrages. Er sieht ein fristloses Kündigungsrecht vor, wenn „gesicherte, konkrete polizeiliche Erkenntnisse vorliegen, daß mit Gewalttätigkeiten zu rechnen ist". Bürgermeister Dr. Ludwig Kotter, derzeit amtierendes Stadtoberhaupt, will im Zweifelsfall diesen Passus konsequent ausschöpfen: „Sicherheit geht vor." Es könne nicht angehen, daß es in Augsburg wegen des Rep-Parteitages zu Ausschreitungen und Krawallen komme. Wenn dies zu erwarten sei, dann sei auch ein Verbot der Veranstaltung durch die Ordnungsbehörden möglich, sagte Kotter gestern. Die Stadt habe sich bereits das VGH-Urteil besorgt, mit dem am vergangenen Wochenende das Verbot einer NPD-Veranstaltung in Pocking (Niederbayern) durch die dortigen Behörden bestätigt worden war.

Die Polizei bereitet sich auf Gegendemonstrationen bereits vor. Noch liegen zwar keine gesicherten Erkenntnisse vor, daß es zu Ausschreitungen kommen könnte, sagte Polizeichef Karl Pfrogner gegenüber der AZ. Man sei aber gegenwärtig dabei, „die Lage zu ermitteln" und Einsatzpläne zu erstellen, da „mit Sicherheit von Gegendemonstrationen ausgegangen werden kann". Der Polizei lägen entsprechende Flugblätter vor. Man habe auch im Innenministerium personelle Verstärkung angefordert, da „die örtlichen Polizeikräfte voraussichtlich nicht ausreichen werden".

„Aufgeheizte Stimmung"

Angesichts der „aufgeheizten Stimmung" (Dr. Kotter) hat es bereits Aufforderungen an die Stadt gegeben, den Rep-Parteitag abzusagen oder zu verbieten. Dies hatte unter anderem der DGB-Sprecher Thomas Kalkbrenner am Samstag bei der Kundgebung „Gewalt überwinden – Frieden gestalten" auf dem Rathausplatz gefordert. Der Stadtjugendring beschloß gestern abend im Vorstand, die Stadt aufzufordern, alles zu tun, um die Veranstaltung zu verhindern, wie Geschäftsführer Mathias Garte sagte. Von den Parteien gab es bisher noch keine derartigen Forderungen. Der Ausländerbeirat wird sich am morgigen Mittwoch mit dem Thema beschäftigen, kündigte sein Vorsitzender Hasan Akçay an.

Auf zur Tour '94!

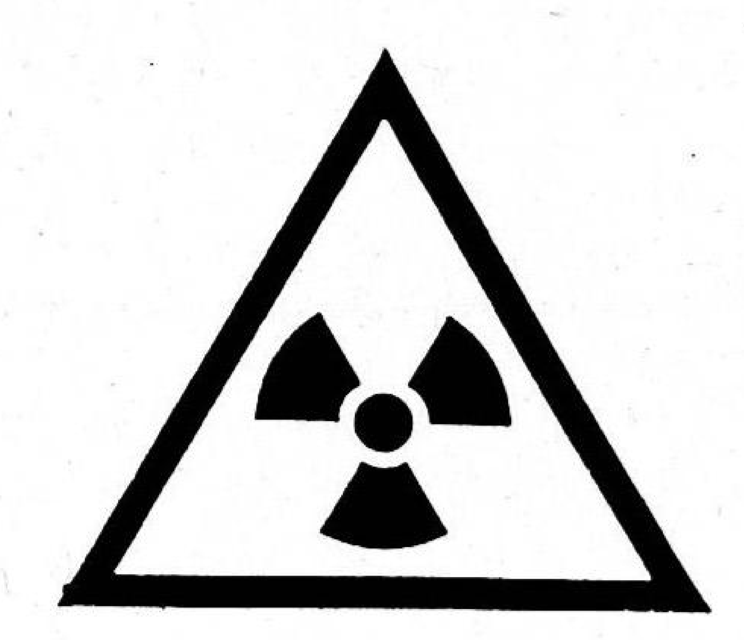
Ein paar Wochen den Alltag mit Arbeiten, Wohnen, den Zwängen beiseite schieben; ein politisches Projekt angehen, das *darüber hinausgehen* will, auf die täglichen Attacken zu *reagieren*, die Attacken der herrschenden Politik, der Faschisten, der sexistischen Männer auf der Straße und zu Hause; auf die rassistischen Angriffe und die sich verschärfende Stimmung gegen gesellschaftlich Schwächere: JedeR gegen JedE...
Ein Projekt, das für eine Zeit Raum bieten könnte, unsere Vorstellungen von Leben und Zusammenleben offensiv nach außen zu zeigen und für uns selbst weiterzuentwickeln.
Es geht um eine Tour durch Dörfer, Kleinstädte und vielleicht auch ein paar größere Städte, die von Berlin aus starten soll. Die Idee entstand aus der Überlegung, daß die gesellschaftliche Entwicklung in die Richtung geht, daß die unzufriedenen, rebellischen Menschen, die früher viel eher Anschluß an eine linke Bewegung fanden, heute mehr und mehr von rechten und faschistischen Ideologien angezogen werden. Linke Ideen von solidarischem Zusammenleben, Opposition zur herrschenden Unterdrückung von Frauen, Nicht-Deutschen und Andersdenkenden, Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeitenden und insbesondere der Trikont-Länder sind selten noch ein Anziehungspunkt für Jugendliche, denen es stinkt, was sie an Lebensperspektiven vorgesetzt bekommen.
Ideen einer Bewegung und kulturelle Anziehungskraft stehen in einer engen Wechselbeziehung. Hier wollen wir ansetzen und uns, unsere Ideen und unsere Kultur, auch wenn es die im Moment weniger gibt, als wir uns wünschen, für andere Menschen sichtbar machen.
Wir stellen uns einen Zug mit Bussen, Bauwagen, Pkw's und evtl. Fahrrädern vor. Von den BerlinerInnen müßte ein Rahmenprogramm mit Bands, Chören, politischen Veranstaltungen, SchaustellerInnengruppen, Schauspielgruppen und Ähnliches auf die Beine gestellt werden.
Wenn die Leute in den Orten, in denen die Tour Halt macht, ein eigenes politisches und kulturelles Programm organisieren wollen, sollten die BerlinerInnen nur wenig Eigenes machen. Wir halten es aber auch für sinnvoll, in Dörfern und Städten Station zu machen, wo es uns nicht gelingt, vorher Kontakte zu knüpfen und gemeinsame Aktivitäten zu planen. Vielerorts ist es fast unmöglich, von uns unmittelbar was mitzukriegen und grade da sollten wir auch die Chance suchen, mit Jugendlichen in Kontakt zu kommen und ihnen etwas von unserer Welt-(Anschauung) nahezubringen.
Die Dauer der Aufenthalte dort sollten wir wenn möglich flexibel lassen, um unerwarteten Entwicklungen Raum geben zu können. Jedenfalls müßte über Plakate u.ä. schon bekannt sein, wo wir vorbeikommen. Eine Plakataktion vorher macht es auch schon möglich, Lebensgefühle und Inhalte von uns in Orte zu tragen, die gewöhnlich davon weitgehend verschont bleiben. Vielleicht läuft die Entwicklung währen der Tour dann auch so, daß wir täglich mehr werden und eine Art Wanderdemo draus wird - ein Ereignis, an dem über mehrere Wochen hinweg die Öffentlichkeit nicht vorbeikommt.
Sicherlich muß ein solcher Konvoy mit offen antifaschistischer und antirassistischer Ausrichtung mit Angriffen von Rechten und Faschisten rechnen. Es kann auch kein Konzept für ein antifaschistisches Projekt sein, auf den Schutz von Bullen zu vertrauen oder zu hoffen, daß wir Konfrontationen immer aus dem Weg gehen können. Daher ist es notwendig, eine effektive Selbstverteidigung zu organisieren und Angriffe unsererseits nicht auszuschließen. Zumindest müßten alle, die mitfahren, wissen und damit einverstanden sein, daß wir Auseinandersetzungen nicht aus dem Weg gehen können.
Bisher haben wir überwiegend an Jugendliche gedacht. Es wäre aber wünschenswert, wenn auch ältere AntifaschistInnen mitmachen und angesprochen werden könnten. Vielleicht könnte mensch ein "seriöses" Programm mit klassischer politischer Musik, Szenen aus Brecht/Weill -Stücken und ähnlichem dafür zustande bringen. Gerade in der Ex-DDR sollte es möglich sein, ältere linke Menschen dafür zu gewinnen.
Wir werden uns in der Vorbereitung dieser Tour genau mit dominanten Verhaltensweisen auseinandersetzen müssen. Wir werden auf Widersprüche zwischen Ost- und Westgruppen, Stadt und Land und Gruppen unterschiedlicher Orientierung stoßen. Es geht nicht darum, Unterschiede und Widersprüche plattzuwalzen. Die Vielfalt unserer Widersprüche zum herrschenden System kann gerade das Spannende in unserer Bewegung und ihre Stärke ausmachen.
Wenn unterschiedlichste Gruppen, wie Frauen und Männer, Lesben und Schwule und Leute aus verschiedenen Ländern bei der Tour mitmachen, werden wir auch immer wieder die Herrschaftsstrukturen, die unter uns fortwirken, zum Thema machen müssen.
Die Vorbereitungsphase ist dabei besonders wichtig. Deshalb laden wir Euch, obwohl die Tour erst im Sommer '94 stattfinden soll, jetzt schon zu einem Treffen ein. Denn wir sollten das Projekt nur dann angehen, wenn es schon im Vorfeld genug Begeisterung dafür gibt. Bei dem Treffen soll es um die Einschätzung der Machbarkeit aber auch um die genaueren Konturen der Tour gehen. Die Idee für dieses Projekt steckt noch in ihren Anfängen. Nur wenn genügend Menschen und Gruppen bereit sind, diese Idee aufzunehmen und weiterzuführen, wird dieses Projekt umgesetzt werden können.
Deshalb hoffen wir, daß alle, die diese Idee spannend finden oder Kritik daran haben, zu dem Treffen kommen - ob als AntifaschistInnen, MusikerInnen, KünstlerInnen ...

Ein Treffen für Interessierte und KritikerInnen gibt's am

Dienstag, den 22. Juni 1993 um 20 Uhr

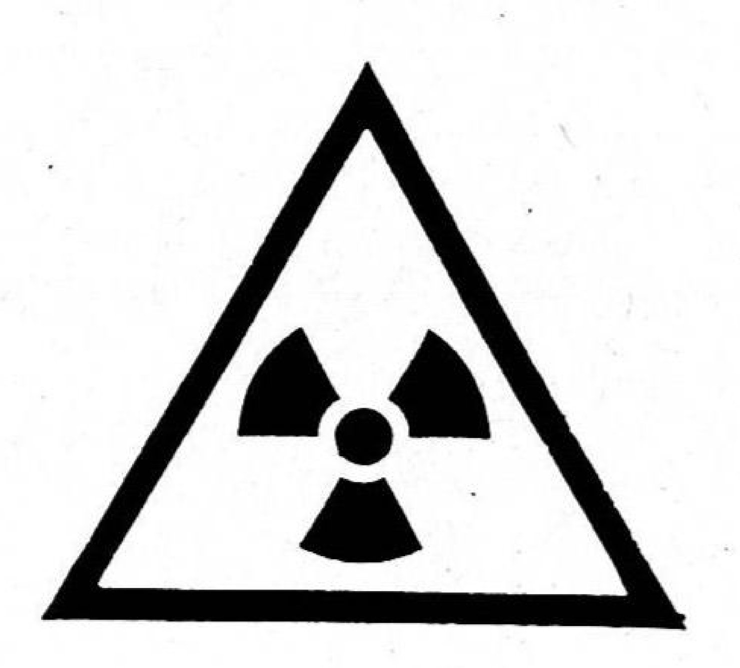
im

Fußballladen "Anstoß"
Brunnenstraße 6/7 (in Mitte)



DEMONSTRATION AM AKW BRUNSBÜTTEL:

Sonnabend, 26. Juni, 11.00 Uhr



ATOMKONSENS IST NONSENS

ALLE ATOMANLAGEN ABSCHALTEN SOFORT !

Das war, vor allem nach Tschernobyl, für die meisten Menschen die einzige vernünftige Folgerung.
Vielen schien es nur eine Frage der Zeit, daß Deutschland wie Österreich, Italien, Polen sich von Atomenergie frei macht, viele glaubten, die Parteien würden das schon machen.

Dann benutzte die Atomindustrie das Klimaproblem zur einer neuen Offensive.
In der Tat wurden manche unsicher- ist vielleicht doch Atomenergie das kleinere Übel angesichts der Klimagefährdung durch Kohlendioxyd und durch Ozonschwund?.
Nichts könnte falscher sein- richtig ist vielmehr, daß insgesamt durch Atomenergie mehr Kohlendioxyd erzeugt wird (vom Uranabbau bis zur Atomülbehandlung!) als wenn dieselbe Energie etwa durch Erdgas produziert wird. Und auch das Ozonloch wird durch radioaktive Strahlung vergrößert.

Und jetzt plötzlich neue Töne: SPD und Atomkonzerne sprechen vom Ausstieg, vom Atomkonsens, grüne Politiker und große Umweltverbände machen mit bei den Verhandlungen.

Inzwischen ist klar geworden, daß das ganze ein Betrugsmanöver ist: Alle Atomkraftwerke sollen bis zu ihrem "technischen Ende" laufen dürfen, und danach soll eine neue Generation von "nun aber wirklich sicheren" Atomkraftwerken folgen, für die natürlich wieder Forschungsmittel in Milliardenhöhe benötigt werden.

Demonstrationen bringens nicht allein, es kommt darauf an, allgemein und besonders um alle laufenden AKWs heraum ein politisches Klima zu erzeuten, das deren Betrieb letztlich unmöglich macht.

Brunsbüttel hat doppelten Symbolwert:
-die Risse im stählernen Druckbehälter signalisieren akute Explosionsgefahr.
- die Leukämiefälle in der Umgebung machen die Schädlichkeit des Normalbetriebs besonders deutlich.
Wenn wir an e i n e m AKW demonstrieren, ist das kein kein Freibrief für andere. Im Gegenteil, wenn wir hier demonstrieren, weisen wir drauf hin, daß von allen anderen AKWs dieselben Gefahren ausgehen, die nur noch nicht so bekannt sind.
Wir werden nicht Ruhe geben bis alle Atomanlagen stillgelegt sind.

Darum kommt alle

Demonstration

26. Juni 93, 11:00, am

AKW Brunsbüttel

MITFAHR - INFOS

Eine Vorbereitungsgruppe versucht - bei entsprechendem Bedarf -Busse für die Fahrt nach Brunsbüttel zu organisieren. Meldet euch deswegen bitte frühzeitig entweder bei unseren Mittwochs-treffen (9. oder spätestens 23. Juni, 20 Uhr) im Alhambra oder beim BBA-Laden in Bremen unter Tel. 0421 / 700144 .
Öffnungszeiten: Mo,Mi,Fr 16-19 Uhr ,
Sa 11-14 Uhr

Höchste Zeit für eine große Demo!



Wir sagen Nein zum §218-Urteil

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über den §218 StGB stößt bei uns allen auf Fassungslosigkeit, Wut, Protest und den Willen zum Widerstand.

Wir protestieren:

gegen die Frauenverachtung, die aus dem Urteil spricht;

gegen die Mißachtung des Mehrheitswillens der Frauen und des Bundestages;

gegen das Hinwegfegen der Erfahrungen von Frauen aus den neuen Bundesländern und aus vielen Ländern der Welt, die verantwortlich mit Fristenregelungen umgegangen sind;

gegen die Entmündigung von Frauen durch die Zwangsberatung;

dagegen, daß die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche nur noch in Ausnahmefällen von den Krankenkassen übernommen werden.

Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit - betroffen davon: vor allem Frauen.

Abbau des Sozialstaates, Kürzung von Kinder- und Erziehungsgeld, Abbau der Sozialmedizinischen Dienste, Schließung von Kitas -
betroffen davon: vor allem Frauen.

Die Würde ausländischer Menschen wird mit Füßen getreten. Rechte Gewalt ist furchtbare Normalität. In Mölln und Solingen wurden türkische Frauen und Mädchen ermordet. Und Karlsruhe hat keine anderen Sorgen, als Frauen zur Mutterschaft zu zwingen.

Nein zum Rassismus!

Für das Selbstbestimmungsrecht aller Frauen!

Wir rufen alle Frauen und Männer auf:

Kommt zur Demonstration am Samstag, dem 19.Juni 1993

Beginn: 14 Uhr am Roten Rathaus; Abschlußkundgebung gegen 16.00 Uhr auf dem Gendarmenmarkt (Platz der Akademie).

AufuferInnen: Aktionskreis 8. März; Arbeitskreis interkulturelle Mädchenarbeit; ASF; AstA TU; Bündnis 90/Die Grünen; DAG; DF e.V.; DGB Landesbezirk Berlin/Brandenburg; FFBIZ; Fraktion Bündnis 90/Grüne(AL)/UFV; Frau und Familie e.V.; FrauenAktionsbündnis; Frauenarbeitsgemeinschaft LISA Berlin; Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde; GEW; Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion; Gruppe Sozialistische Linke; HBV Landesbezirk Berlin; JungdemokratInnen/Junge Linke; Jusos Berlin; Landesvorstand der PDS; PDS-Fraktion; Plenum Ostberliner Frauenprojekte/POP; Pro Familia; Unabhängiger Frauenverband; VL; Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung; 22 Jahre Kampf gegen den §218 - Selbstbezichtigerinnen von 1971; Arbeitskreis Autonomer Frauenprojekte.

V.i.S.P. Sibyll Klotz, MdA, Niederkirchnerstr.5, 0-1080 Berlin

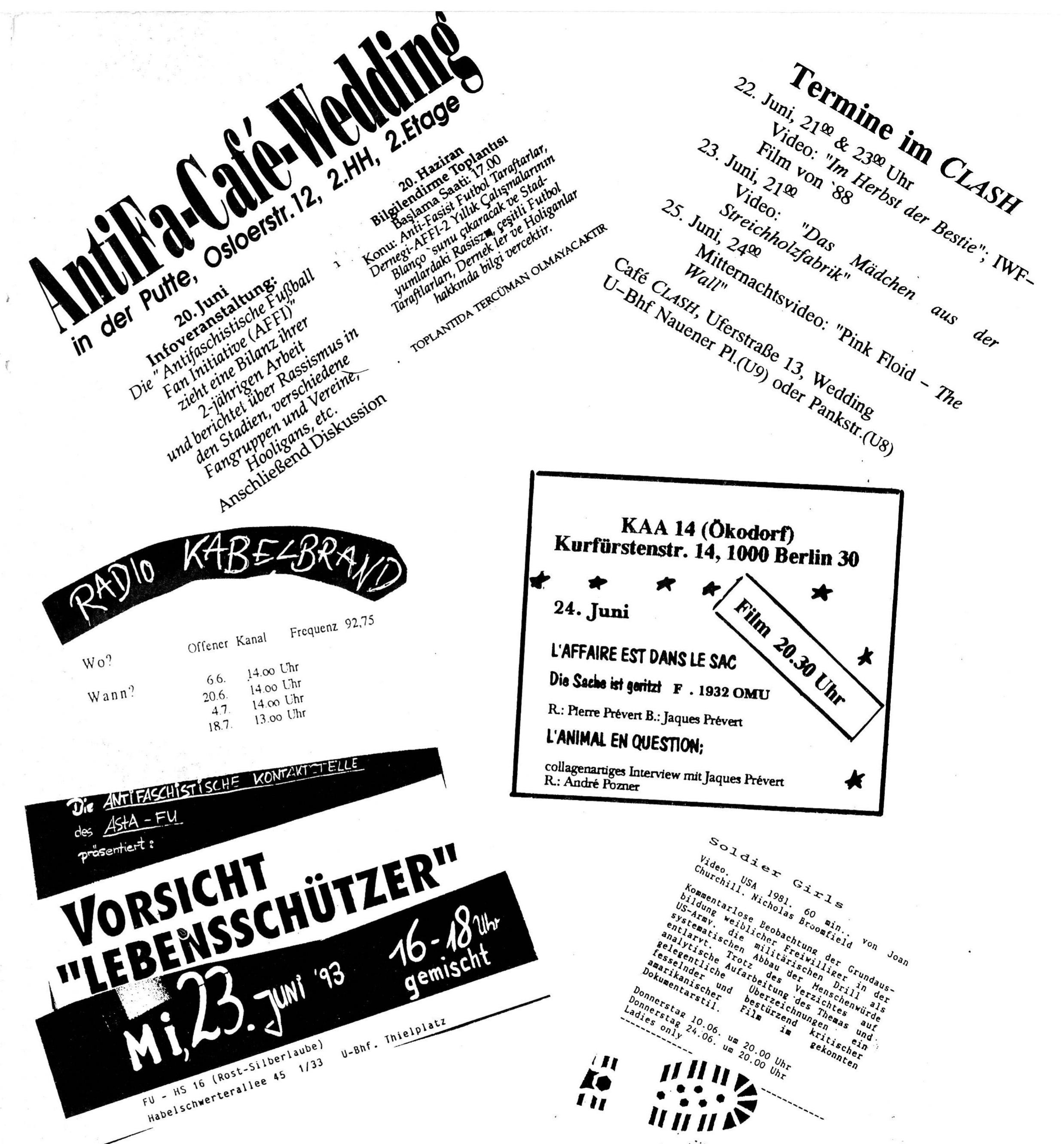
---

Mittwoch, 16. Juni 1993

Auf der Flucht vor der Polizei von S-Bahn überrollt

Der Vietnamese, der am Montag auf dem S-Bahnhof Adlershof unter einen Zug geraten war und dabei getötet wurde, war von einer Polizeistreife verfolgt worden. Wie gestern bekannt wurde, hatte der 27jährige Wan Thang N. in der Bahnhofsvorhalle illegal Zigaretten verkauft. Als gegen 13 Uhr zwei Beamte das Gebäude betraten, ergriff der Mann die Flucht und rannte hinauf auf den Bahnsteig. Die Polizisten verfolgten ihn. „Der Mann versuchte, über die Bahngleise zu entkommen. Dabei hat er offenbar die heranfahrende S-Bahn übersehen", erklärte gestern Christine Hundt von der Polizeipressestelle. Wan Thang N. wurde von dem Zug erfaßt und überrollt. Er war sofort tot. Gerüchte, nach denen der Vietnamese von den Beamten geschubst oder auf die Schienen getrieben worden sei, wurden von der Polizei dementiert. Augenzeugen des tragischen Zwischenfalls hatten berichtet, daß der 27jährige bei seiner Flucht vor der Polizeistreife zu nah an die Bahnsteigkante geraten war, das Gleichgewicht verlor und vor die S-Bahn fiel. Die Kriminalpolizei hat inzwischen die Ermittlungen aufgenommen. Unklar ist, ob die zwei Beamten den Auftrag hatten, auf dem S-Bahnhof illegale Zigarettenhändler aufzuspüren. **eb**


Fr. 18. Juni 1993
5 Jahre
INTERIM
ab 22 Uhr im EX
Soli-Fete
für den BAOBAB-Infoladen Eine Welt e.V.
Winsstr. 53, o-1055 Berlin, fon/fax 426 94 51
Freitag, 18.6. 1993, 20Uhr.
Eintritt 3DM, ab 23Uhr 5DM
Freitag
18. Juni
um
20 oo Uhr
Kreuzbergstr. 43
1000 Berlin 61
Václav Tomek (Prag):
TSCHECHISCHER ANARCHISMUS
UM DIE JAHRHUNDERTWENDE
PLAIDOYER ANARCHIE.
damit nicht alles so bleibt wie es ist
785 99 73
EL LOCCO
Vollversammlung zu Wunsiedel im Blauen Salon im Mehringhof
Fr 18.06.93 19.00 Uhr
Kampagne gegen Wehrpflicht in Potsdam
Die Vorträge finden an fünf Abenden jeweils um 19 Uhr in der Lindenstraße 53/54 statt.
(...) 17.Juni: Christian Herz zum Thema:'Die allgemeine Wehrpflicht verletzt die Würde des Menschen.'
18.Juni: Gerhard Zwerenz zum Thema:'Sind Soldaten Mörder? Wollt ihr den legalen Krieg?'
19.Juni: Christian Büttner (Gandhi-Informationszentrum):'Pazifistisch-antimilita ristische Konfliktlösung.'
Am 20.Juni will die Kampagne eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Militarismus am Deserteurdenkmal (Platz der Einheit) gestalten.
Wir rufen alle Frauen und Männer auf:
Kommt zur Demonstration am Samstag, dem 19.Juni 1993
Wir sagen Nein zum §218-Urteil
Beginn: 14 Uhr am Roten Rathaus; Abschlußkundgebung Gendarmenmarkt (Platz der Akademie).
19.6.93
PARTY
fete
SOLI
ANTIFA
20.00
SO 36
Oranienstr. 190
1000 Berlin 36
ab 22 oo
SYNDIKAT
WEISESTR 56 1/44 UBHF: BODDINSTR
S.e.K.
SCHARN WEBER 28
U-SAMA
20. 6. 93
MARCHSTRAßE 23
EINSTEINUFER 41
U ERNST-REUTER-PLATZ S TIERGARTEN
KINDER-FEST
KONZERT
Operation Mindfuck



Donnerstag, 24.6.93, 20°° Uhr im CAFE VAMOS, Marchstr.23, Charlottenburg

Info- Veranstaltung "Schwarzer Widerstand in den USA - Fight the Power"

Filme: "Framing the Panthers" über die Politik und die Zerschlagung der Black Panther- Bewegung.
"LA- Riots '93" im amerikanischen TV- Zusammenschnitt
Dias zum schwarzen Widerstand '92

Mit VoKü. Wir werden Spenden für die amerikanischen politischen Gefangenen einsammeln.

Die Einigkeit.

Organ der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften



Die Einigkeit erscheint alle 8 Tage am Sonnabend.
Redaktion und Expedition:
Berlin C. 54, Alte Schönhauserstraße 20, I.
Telephon: Amt 3, Nr. 8100.

Abonnementspreis durch die Post und durch die Spediteure vierteljährlich 0,75 Mk., durch die Expedition unter Kreuzband 1 Mk. — Anzeigen finden Aufnahme von Vereinen und Krankenkassen 25 Pfg., von Privaten für 30 Pfg. die 3gespaltene Petitzeile.

Nr. 18. | Berlin, Sonnabend, den 2. Mai 1908. | 12. Jahrgang.

Der Weckruf.

Organ für Anarchismus und Syndikalismus

Der Weckruf erscheint alle 14 Tage.

Herausgegeben von der anarchistischen Föderation von Rheinland — Westfalen.

Bezugspreis:
Durch Austräger pro Nummer 10 Pfg.
Vierteljährlich Kreuzband 90 „
Für Ausland Mark 1.—

Jahrgang 1. | Köln, den 14. Mai 1910 | Nr. 2.

Solidarität

Abonnementspreis: pränumerando pro Quartal 50 Pfennig, unter Streifband 65 Pfennig
Erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends

Organ der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands.
Redaktion Berlin S. 59, Urbanstr. 83.

7. Jahrgang. No. 9. | Berlin, Sonnabend, den 5. Mai 1906. | Expedition: Berlin N. 65 Triftstraße 27.

Neues Leben

Vorwärts! vorwärts
Nimmer lässig,
Nimmer zaghaft!
Kühn vor allem!

Anarchistisch-sozialistische Wochenschrift.

Unaufhaltsam
Unablässig,
Allgewaltig
Drängt die Zeit.

„Neues Leben" erscheint wöchentlich einmal. Zu beziehen durch die Expedition sowie durch alle Kolporteure. Anzeigen, die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige.

Geschäftsstelle Berlin S., Dresdener Strasse 49 II.
Sprechzeit Dienstag und Mittwochs von 6–7 Uhr.

Abonnementspreis:
Monatlich durch Spediteur 0.40 Mk.
Vierteljährlich Kreuzband (Deutschland) 1.60 „
Vierteljährlich Ausland 1.85 „
Einzelnummer 0.10 „

4. Jahrg. Neue Folge. ✲ Sonnabend, den 5. Mai 1900. ✲ No. 18.

Der freie Arbeiter

Mit den Monatsbeilagen: Antimilitarismus, Die Canaille, Generalstreik, Freie Literatur.

Hervorgegangen aus dem 1897 begründeten anarchistischen Wochenblatte „Neues Leben".

3. Jahrgang. | Sonntag, den 11. November 1906. | No. 45.

Die Opfer des Justizmordes in Chicago.

Revolutionär

Organ der anarchistischen Föderation Deutschlands.

Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust.

Der „Revolutionär" erscheint Sonnabends wöchentlich und ist zu beziehen durch den Verlag und alle Kolporteure.
Anzeigenpreis:
Die dreigespaltene Petitzeile 30 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 20 Pf.

Redaktion und Verlag
Berlin N 58, Kopenhagenerstr. 24
Dorthin sind
an Karl Sauter Manuskripte und Tauschblätter,
an Paul Frauböse Briefe und Geldsendungen
zu richten.
Redaktionsschluss: Montag Abend

Bezugspreise:
Vierteljährlich Kreuzband Berlin u. Umg. 1.60 M.
Vierteljährlich Kreuzband Deutschland 1.60 „
Vierteljährlich Kreuzband Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 1.80 „
Vierteljährlich Kreuzband Ausland 1.85 „
Einzelnummer 0.10 „

3. Jahrgang | Berlin, den 9. Februar 1907 | Nummer 6

KEINE FOTOKOPIERTEN FOLIEN! GRRR!